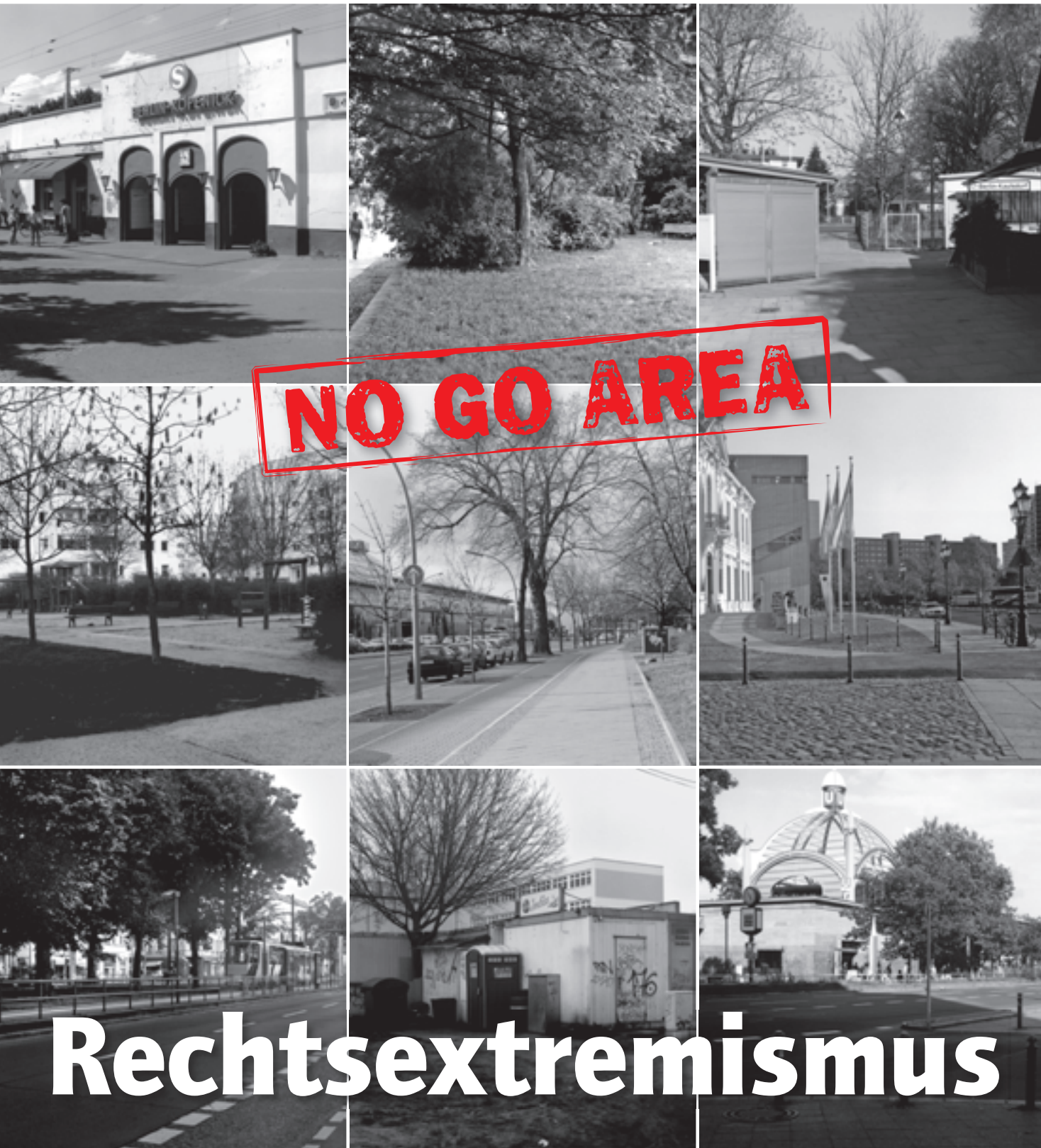


# ROSALUX

Journal der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

3\_2008



**NO GO AREA**

# Rechtsextremismus

<b>Editorial</b>	3
<b>Rückblick</b>	
»Cumbre de los Pueblos« – Gipfel der Völker	4
Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit	5
<b>Ausblick</b>	
»Planspiele selber machen«	6
Wem gehört der Bundeshaushalt?	6
Neue Feminismen – alte Ungleichheiten?	6
Gesellschaftliche Struktur und individuelles Handeln	7
Kommunale Demokratie	7
»Gegenkultur!«	7
<b>Bericht</b>	
Wer nicht fühlen will, muss hören – mit Musik gegen Nazis	8
»Frauen Macht Politik«	10
Gesprächskreis Wirtschaftspolitik	12
<b>Thema</b>	
<b>Rechtsextremismus</b>	13
Extreme Rechte in Deutschland – Deutungsmuster und Erklärungsansätze	13
Rechtsextremismus in Ostdeutschland.	
Kann die Linke eine Barriere für weitere Erfolge der NPD sein?	17
Der »Schwarze Block« von nebenan	19
Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus	21
<b>Stiftungsverbund</b>	
Tief im Süden	22
<b>Internationales</b>	
Zu Gast in Rosas Heimat	24
<b>Nachhaltigkeit</b>	
Wie grün kann Kapitalismus sein?	26
<b>Lesenswert</b>	
Otto Bauer und der Austromarxismus	28
Deutsche Kommunisten	29
Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen	30
Investoren als Invasoren	31

**IMPRESSUM****RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Erscheint vierteljährlich

**Herausgeberin**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Gesellschaftsanalyse und politische  
Bildung e.V.  
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

**Redaktion**

Cengiz Barskanmaz [cb],  
Murat Cakir [mc] (V.i.S.d.P.), Erwin Heil [eh],  
Lutz Kirschner [lk], Peter Ostholt [ost],  
Dorit Riethmüller [dr], Marion Schüttrumpf  
[msch] und Dagmar Rubisch [rb]

**Redaktionsschluss**

5. August 2008

**Satz & Layout**

Heike Schmelter

**Gesamtherstellung**

MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung

**Auflage**

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt  
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

**Bestellung**

Karin Malingriaux  
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122  
malingriaux@rosalux.de

**Titelfoto**

Jörg Möller

**Nicht gekennzeichnete Fotos**

Die Fotos auf den Schwerpunktseiten  
stammen aus der Ausstellung »Berliner  
Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer  
und antisemitischer Angriffe« mit Fotogra-  
fien von Jörg Möller. Die Ausstellung kann  
auf der Website von »ReachOut«, der Bera-  
tungsstelle für Opfer und ZeugInnen rech-  
ter, rassistischer und antisemitischer Gewalt  
(www.reachout.de) betrachtet werden.

Printed in Germany, August 2008  
ISSN 1864-6794

# Liebe Leserin, lieber Leser!

Intoleranz, Rassismus und Rechtsextremismus sind leider in unserer Gesellschaft immer noch präsent. Ein Ausdruck dafür sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, denen es mit rassistischen und völkischen Parolen, aber auch subtilen Vorgehen gelingt, partiell in Teile der Zivilgesellschaft einzudringen.

Auch wenn gegenwärtig eine Nazidiktatur undenkbar ist, stehen alle demokratischen Kräfte in der Verantwortung, Rassismus und Rechtsextremismus entschieden zu bekämpfen. Die Einrichtungen politischer Bildung sind hier besonders gefordert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war und ist sich dieser Verantwortung bewusst und leistet eine umfangreiche Arbeit auf diesem Gebiet – nicht nur in der Stiftung und im Stiftungsverbund, sondern auch in der Kooperation mit zahlreichen Initiativen und Organisationen.

Rechtsextremismus ist Schwerpunkt dieser Ausgabe unserer Zeitschrift, die natürlich nur einen Teil der vielfältigen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus widerspiegelt. Ich hoffe, dass die Beiträge in diesem Heft Ihr Interesse für unsere Veranstaltungen und Publikationen wecken können.

Auf den Themenseiten finden Sie die Beiträge von Dr. Gerd Wiegel, Prof. Dr. Albert Scherr und Yves Müller sowie Informationen über Projekte gegen Rechtsextremismus, die 2007 und 2008 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert wurden.

Bei der Gestaltung dieser Ausgabe haben wir ausgewählte Fotos aus der Ausstellung »Berliner Tatorte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt« mit Fotografien von Jörg Möller nutzen können. Jörg Möller, der übrigens einer unserer Stipendiaten war, gilt dafür mein Dank.

Unseren Leserinnen und Lesern möchte ich empfehlen, die ganze Ausstellung sich anzuschauen. Sie ist auf der Website von »ReachOut – Beratungsstelle für Opfer und Zeuginnen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt« ([www.reachoutberlin.de](http://www.reachoutberlin.de)), die seit 2002 gewalttätige Angriffe in einer Berlinweiten Chronik dokumentiert, zu finden. Es lohnt sich. Die Ausstellung ist ein Appell, nicht wegzuschauen, sich einzumischen und Hilfe zu holen, wenn andere Men-

schen bedroht und angegriffen werden. Auch und gerade an den uns so vertrauten Orten.

Nun, eine Hauszeitschrift behandelt nicht nur ein einziges Thema. Wir bemühen uns, die vielfältigen inländischen und internationalen Tätigkeiten unseres Hauses und des Stiftungsverbundes so breit wie möglich wieder zu geben. Aus diesem Grund möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auch auf die übrigen Rubriken dieser Ausgabe lenken. Gerade von den Berichten aus unseren Veranstaltungen und den Veranstaltungankündigungen erhoffen wir uns, dass Leserinnen und Leser der **RosaLux** Appetit auf »mehr« bekommen – für die Teilnahme an unseren Veranstaltungen, für mehr Informationen aus der internationalen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und natürlich für unsere Publikationen. Das, was in dieser Zeitschrift vorgestellt wird, ist natürlich nur ein Teil unserer Arbeit. Weitergehende Informationen, aber auch Texte und Nachrichten können Sie auf unserer Internetseite ([www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)) finden.

Mit großer Genugtuung konnten wir feststellen, dass **RosaLux** sich seit ihrem Erscheinen über eine stetig wachsende Leserschaft erfreuen kann. Die Zahl der neuen Abonnenten wächst. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und freut uns. Aber wir würden auch Kritik und Anregungen unserer Leserinnen und Leser begrüßen. Denn wir wollen **RosaLux** immer wieder aufs Neue verbessern und den Erwartungen unserer Leserschaft entsprechen. Gerade für eine linke politische Bildungsinstitution haben die Kritik und die Erwartungen von Nutzerinnen und Nutzer unserer Angebote eine große Bedeutung. Deshalb meine Bitte an Sie: Schreiben Sie uns Ihre Kritik. Schreiben Sie uns, was Sie noch von einer solchen Zeitschrift erwarten. Die Redaktion wird darauf eingehen – und ich garantiere Ihnen, jedes Schreiben wird beantwortet werden.

Viel Spaß bei der Lektüre!



Evelin Wittich



Dr. Evelin Wittich,  
Geschäftsführendes Mitglied  
des Vorstandes der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

# »Cumbre de los Pueblos« – Gipfel der Völker

*Gemeinsam gegen neoliberale Politik und die Macht transnationaler Konzerne*

Zeitgleich zum 5. Gipfeltreffen der Präsidenten Lateinamerikas und der EU im Mai diesen Jahres im peruanischen Lima fand ebenfalls dort das dritte große Treffen von »Enlazando Alternativas« (*Alternativen verbinden*) statt – einem Netzwerk von europäischen und lateinamerikanischen sozialen Bewegungen.

Der »Gipfel der Völker« war die oppositionelle Antwort auf den Präsidentengipfel. Rund die 10.000 Menschen nahmen teil, darunter Vertreter von europäischen und lateinamerikanischen NGOs, linke Parlamentarier, Gewerkschaftsangehörige und vor allem eine Vielzahl Repräsentanten indigener Bewegungen aus den Anden.

## J'accuse!

Neben zahlreichen Veranstaltungen und einer großen Abschlusskundgebung auf dem Plaza Dos de Mayo, an der auch der bolivianische Präsident Evo Morales teilnahm, bildete das Permanente Völkertribunal den Kern des Treffens. Das Tribunal wurde in den 70er Jahren von Menschenrechtsaktivisten und Juristen gegründet, um Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern anklagen und öffentlich verurteilen zu können. Es stützt sich dabei auf die verschiedenen internationale Menschenrechtskonventionen, arbeitet unabhängig von den juristischen Strukturen der jeweiligen Länder und versteht sich als »ethisches Gewissen der Völker«.

In Lima wurden vor dem Tribunal insgesamt 24 europäische Konzerne angeklagt. Durch die Anklagen soll auf die Folgen der verheerenden Politik transnationaler Konzerne aufmerksam gemacht werden. Zerstörung

der Umwelt, Verletzung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, Privatisierung von Land, Wasser und natürlichen Gütern sind dabei nur einige Anklagepunkte.

Gestützt auf Freihandels- und Investitionsabkommen, staatliche Kredite, lobbyistische Netzwerke, militärische und paramilitärische Strukturen nehmen internationale Konzerne ganze Wirtschaftszweige und Regionen in Lateinamerika in Geiselnhaft. Unterstützt werden sie von lateinamerikanischen und europäischen Regierungen sowie von WTO und Weltbank.

Angeklagt wurden u. a. die spanischen Konzerne Repsol und Unión Fenosa, die schwedische Baufirma Skanska, die deutsche Thyssen Krupp und der britisch-niederländische Nahrungsmittelhersteller Unilever.

## RLS unterstützte Anklageschriften

In Vorbereitung auf die Anklage vor dem Tribunal in Lima unterstützte die RLS einige ihrer Projektpartner bei der Erstellung von Fallstudien. So hat die Organisation ICAL eine Studie über das norwegische Unternehmen Cermac-Mainstream, welches in Chile in der Lachsindustrie aktiv ist, vorbereitet. Anhand der Studie können Cermac-Mainstream jetzt Arbeitsrechtsverletzungen, Unterdrückung gewerkschaftlicher Rechte, Frauendiskriminierung, Verletzung hygienischer Vorschriften und ein verantwortungsloser Umgang mit der Umwelt nachgewiesen werden.

Eine andere Studie untersuchte die Politik der Pharmakonzerne Boehringer und Roche,



die in Brasilien mehrmals das Patentgesetz missbraucht haben. Boehringer hatte Medikamente gegen HIV/AIDS in Brasilien getestet und dabei weder die Tests noch deren Ergebnisse den zuständigen Behörden gemeldet. Die entwickelten Medikamente wurden in Brasilien nicht registriert und konnten so nicht der brasilianischen Bevölkerung zu Gute kommen. Ein direktes Ergebnis der Anklage in Lima durch eine Gruppe von Gesundheitsanwältinnen und HIV-Gesundheitsorganisationen ist die Registrierung und kommerzielle Freigabe der Medikamente in Brasilien.

Solche unmittelbaren Erfolge sind bisher eher selten. Die Wirksamkeit des Tribunals zeigt sich mehr in mittel- und langfristigen Perspektiven: Kämpfe, die oft regional isoliert und ohne große öffentliche Wirkung ausgefochten werden, bekommen durch das Tribunal internationale Öffentlichkeit. Anklagende haben die Möglichkeit, sich zu vernetzen und weitere Kooperationen vorzubereiten.

Trotz ermutigender Einzelergebnisse machte sich am Ende des Gipfels auch etwas Enttäuschung breit, weil die Abschlusserklärung des Tribunals zunächst auf dem Niveau einer allgemeinen Verurteilung blieb und nur einige der Fälle beispielhaft zitierte. Auch wenn der Urteilspruch keine Rechtskraft besitzt, hat

er doch für den Kampf der sozialen Bewegungen einen hohen moralischen und öffentlichkeitswirksamen Wert. Dieses Manko konnte durch eine gemeinsame Auswertung des Tribunals im Nachhinein noch behoben wer-

den. Dennoch ist das Tribunal nur ein Schritt auf einem langen Weg zur Durchsetzung von sozialen und ökologischen Mindeststandards. Die RLS begleitet ihre Partnerorganisationen in der Region weiterhin auf diesem Weg.

# Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit

## *Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Anlass des 100. Geburtstages von Simone de Beauvoir*

Unter diesem Titel veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. und 28. Juni in Berlin ein internationales Symposium, auf dem SpezialistInnen aus Frankreich, den USA und Deutschland über Vita, Werk und Wirkung der Französin debattierten, deren Geburtstag sich am 9. Januar dieses Jahres zum 100. Male jährte. Die Tagung rief ein breites Interesse hervor: Das Publikum setzte sich aus TeilnehmerInnen unterschiedlichster Generationen zusammen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Evelin Wittich, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Den Eröffnungsbeitrag hielt Yolanda Astarita Patterson, emeritierte Professorin für French and Women Studies an der California State University, East Bay und Präsidentin der Simone de Beauvoir Society. In sehr persönlicher Weise ging die Amerikanerin auf die Reisetagebücher ein, die die Französin während ihres Aufenthalts in den USA im Jahre 1947 verfasst hatte und die später unter dem Titel »L'Amérique au jour le jour« veröffentlicht wurden.

Im Anschluss daran sprach Ingrid Galster, Professorin an der Universität Paderborn, zu Genese, Theorie und Praxis des Engagements bei Sartre und Beauvoir. Woraus, fragte sie, resultierte die besondere Bedeutung des Begriffs »Engagement« bei den beiden, aber auch das starke praktische

Engagement, das sie nach dem Krieg an den Tag legten, etwa während des Algerienkriegs, des Vietnamkriegs oder auch, was Beauvoir selbst anbelangt, in der Bewegung für die Emanzipation der Frauen?

An den Begriff des Engagements knüpfte Liliane Kandel an, Mitherausgeberin der durch Sartre und Beauvoir gegründeten Zeitschrift »Les Temps Modernes«. Sie bezeichnete Beauvoir als »Frau in Bewegung«, die mit Radikalität gegen alles vorging, was die Freiheit bedrohte – theoretisch wie praktisch.

Auf das Geschichtsbild von Sartre und Beauvoir ging Vincent von Wroblewsky, Präsident der deutschen Sartre-Gesellschaft, ein. Was beide Intellektuellen auszeichne, das sei – zumindest nach dem II. Weltkrieg – die kritische Solidarität mit dem Sozialismus und die solidarische Haltung zu Israel.

Joseph Jurt, emeritierter Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Freiburg, befasste sich mit den unterschiedlichen Genres innerhalb des Oeuvres von Beauvoir, speziell mit den Differenzen zwischen den Tagebüchern und den Memoiren. Schließlich sprach die Pariser Literaturwissenschaftlerin Danièle Fleury zur Rezeption des literarischen Schaffens von Beauvoir in Frankreich.

Abgerundet wurde der Tag durch den Dokumentarfilm, den Alice Schwarzer 1973 mit

Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre gedreht hatte und in dem sie dem Paar viele Fragen gestellt hatte, die auch während des Kolloquiums thematisiert wurden.

Die Sonnabendmatinee begann mit »Simone de Beauvoir und die Geschichte der Frauen« – dem Vortrag der Historikerin Isabelle Ernot. Ihr folgten Beiträge von Irene Selle, Ursula Konnertz, Josiane Pinto, Effi Böhlke, Geneviève Fraisse, Cornelia Hildebrandt und Margaret Maruhani.

Den Abschluss der Konferenz bildete ein Podiumsgespräch, an dem Yolanda Astarita Patterson, Geneviève Fraisse und Carola Bluhm teilnahmen und das Silke Veth von der Rosa-Luxemburg-Stiftung moderierte.

Alles in allem, das zeigte die Konferenz, sind Leben und Werk von Simone de Beauvoir ein weites Feld, auf dem weiter geforscht werden kann, aus unterschiedlichen disziplinären und nationalen Perspektiven und mit verschiedenen Akzentsetzungen. Die Veranstalter freuen sich, zu diesem Diskurs beigetragen zu haben. Die Beiträge werden in geeigneter Form publiziert werden. (eb/mc)

Weitere Informationen unter <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=15453>



Foto: Editions Gallimard

26. Juni 1970, Paris

## »Planspiele selber machen«

**24. bis 29. September, Werftpfuhl  
MultiplikatorInnentraining**

Planspiele sind ein unverzichtbarer Bestandteil in jedem »Methodenkoffer« linker politischer Bildung. Sie gehören zu den erfahrungsbezogenen und handlungsorientierten Lern- und Arbeitsmethoden, die – gut umgesetzt – das Potential haben, Menschen ganzheitlich zu motivieren. Die Teilnehmer/innen lernen nicht nur sachbezogene Inhalte kennen, sondern haben Gelegenheit, diese auch kritisch zu reflektieren und sich persönlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Das Planspiel regt dazu an, in politischen, sozialen oder interkulturellen Zusammenhängen aktiv zu werden, Verhältnisse zu ändern und Lebens- und Arbeitsbezüge konstruktiv zu gestalten. Im Verlauf eines solchen Prozesses kann auch ein Stück Persönlichkeitsreife bzw. -bildung geschehen, die in der Auswertung bewusst gemacht wird.

Das Angebot richtet sich an BildnerInnen mit Vorkenntnissen und vermittelt die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte durch ein Planspiel zugleich anschaulich und authentisch nach-

empfindbar zu vermitteln. Am Ende sollen die Teilnehmer/innen selbständig Planspiele zu eigenen Themen erstellen können, bzw. fähig sein, bereits erstellte Planspiele anzupassen und anzuleiten. (R. Höhner/mc)

**Zusammenhänge erkennen,  
Verhältnisse ändern, Lebens-  
und Arbeitsbezüge konstruktiv  
und realitätsbezogen gestalten ...**

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16601>

Mit Melanie Pohner, freiberufliche Erwachsenenbildnerin, und Ronald Höhner, Jugendbildungskoordinator der RLS

Teilnahmebeitrag: 90/60 Euro  
Jugendbildungsstätte »Kurt Löwenstein«, Freienwalder Chaussee 8–10, 16356 Werftpfuhl

Kontakt: Ronald Höhner,  
Tel. 030 44310-149, [hoehner@rosalux.de](mailto:hoehner@rosalux.de)

## Wem gehört der Bundeshaushalt?

**26. September, Berlin  
Workshop: Demokratisierung von Haushaltspolitik im Bund  
und in den Ländern**

Nachdem das Beispiel Porto Alegre in verschiedenen politischen Spektren für Furore gesorgt hatte, kam es in vielen Teilen der Welt zu einem wahren Boom an Bürgerhaushaltsprojekten. Mit Gender Budgeting und vielfältigen Formen der Budgetanalyse gewannen auch andere Wege der Demokratisierung von Haushaltspolitik an Gewicht. Auf der kommunalen Ebene sind diese Instrumente teil anerkannt, teils geduldet –

wie steht es aber mit den Haushalten auf regionaler und gesamtstaatlicher Ebene? (Brangsch/mc)

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14845&type=98>

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Kontakt: Dr. Lutz Brangsch,  
Tel. 030 44310-120, [brangsch@rosalux.de](mailto:brangsch@rosalux.de)

## Neue Feminismen – alte Ungleichheiten?

**17. bis 18. Oktober 2008, Berlin  
Tagung**

Die Ökonomisierung öffentlichen wie privaten Lebens, die radikale Durchsetzung des Marktprinzips bis in die letzten Lebensbereiche hinein zeigen: Die Ausformungen neoliberaler Politik sind keineswegs so geschlechtslos, wie sie in der öffentlichen Rede oft dargestellt werden. Gleichzeitig handelt es sich entsprechend eines neuen normativen Imperativs um unsichtbar gemachte Ungleichheiten, wonach es keine Ungleichheit per Geschlecht (mehr) gibt. Im Mittelpunkt der Tagung stehen insofern neue Formen von Geschlechterdiskriminierung und Ungleichheitserfahrungen per Geschlecht.

Nicht nur die Lebensverhältnisse, auch die Bedingungen politischen Handelns und gesellschaftlicher Teilhabe haben sich massiv verändert. Zu fragen ist deshalb auch, wie Alternativen und Hoffungsansätze, Widerstandsformen und konkrete Utopien entwickelt werden können. Vor diesem Hintergrund geht es auf der Tagung auch darum, die Neuformierung einer »Neuen Linken« geschlechterkritisch zu begleiten.

An der Schnittstelle zwischen kritischer Wissenschaft, Politik und Bewegung richtet sich die Veranstaltung an alle Interessierte eines linken und feministischen Gedankenaustausches.

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14733>

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Kontakt: Dr. Eva Schäfer,  
Tel. 030 44310-133, [schaefer@rosalux.de](mailto:schaefer@rosalux.de)

# Gesellschaftliche Struktur und individuelles Handeln

27. Oktober 2008, Berlin

Satellitenseminar zu der Reihe »Das Kapital lesen«

Margret Thatcher brachte die Prämisse der neoklassischen Ökonomie und der neoliberalen Ideologie trefflich auf den Punkt: Sie kenne nur Individuen und Familien, aber keine Gesellschaft. Gesellschaft löst sich danach in das Handeln der vielen Individuen auf. Jede(r) handelt für sich selber und ist für sich und sein Handeln verantwortlich. Dem gegenüber liegt in Marx' Kritik der Politischen Ökonomie die Betonung auf den gesellschaftlichen Formen, die den agierenden Individuen eine spezifische Handlungsstruktur vorgibt. So schrieb Marx:

**»Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn.«**

MEW 42, S. 189

Unter dem Diktum der Konkurrenz können beispielsweise Kapitalisten »bei Strafe ihres ökonomischen Untergangs« nicht anders handeln, als ihren Profit zu maximieren – auf Kosten von Mensch und Natur. Dieses in den Kapital-Lesekursen immer wieder kontrovers diskutierte Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Struktur und individuellem Handeln wird von unterschiedlichen Theorien in unterschiedlicher Weise aufgelöst.

Mit dem Philosophen Alex Demirovic wollen wir diese Diskussion aufnehmen und vertiefen. (Nuss/mc)

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=14732&type=98>  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Raum 739,  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Kontakt: Dr. Sabine Nuss,  
Tel. 030 44310-448, [nuss@rosalux.de](mailto:nuss@rosalux.de)

## Kommunale Demokratie

1. November 2008, München

Tagesseminar in Zusammenarbeit mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Anhand des Bürgerhaushaltsprozesses in Berlin-Lichtenberg als Beispiel partizipativer Demokratie soll dargestellt und diskutiert werden, wie Transparenz und Bürgerbeteiligung als Ansprüche linker Kommunalpolitik praktisch umgesetzt werden können und welche weiteren lokalen Handlungsspielräume für Partizipation von BürgerInnen bestehen. Die Veranstaltung richtet sich an kommunale MandatsträgerInnen und kommunalpolitisch Interessierte und Engagierte. (A. Thomsen/mc)

Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=16838>

Um Anmeldung an [thomsen@rosalux.de](mailto:thomsen@rosalux.de) wird gebeten!

Mit Hendrikje Klein, Haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. in der BVV Berlin-Lichtenberg

Teilnahmebeitrag: 8/4 Euro

RLS-Regionalbüro Bayern, Westendstr. 19, 80339 München

Kontakt: Kurt-Eisner-Verein, RLS in Bayern,  
Tel. 089 51996353, [thomsen@rosalux.de](mailto:thomsen@rosalux.de)

## »Gegenkultur!«

Seit Anfang 2008 führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Ladengalerie der Tageszeitung »junge Welt« unter dem Titel »antikapitalistische und antifaschistische Gegenkultur« durch. Die Veranstaltungsreihe hat den Anspruch, ein Programm mit vielfältigen Beiträgen anzubieten, die sich mit den gegenwärtigen politischen Verhältnissen auseinandersetzen und für KünstlerInnen und Publikum Anregung und Gedankenaustausch sein sollen. Die Veranstaltungen, an denen die Filmemacherin Britta Wauer, Schriftsteller Heinz Ratz, Schauspieler Rolf-Becker sowie die Autoren Markus Bernhardt, Gottfried Ensslin und Koray Yilmaz-Güney teilnahmen, kamen diesen Anspruch nach. Nach der Sommerpause beginnen nun die Veranstaltungen des zweiten Halbjahres.

19. September, 19 Uhr

**ewo2 avantipolo – Konzert**

Das kleine elektronische Weltorchester (ewo2) ist ein musikalisch-politisches Projekt, das seit ca. 10 Jahren die Bewegungen und künstlerischen Randbereichen der Republik unterstützt und mitgestaltet. Wenig Aufwand und schon gar keine Show – doch ein Programm, das ungemein Laune und Sinn macht. Mitreißend, einfühlsam und immer für Überraschungen gut.

Mit Bernd Köhler und Mannschaft

16. Oktober, 19 Uhr

**Auswertung der Fußball-Europameisterschaft UND was hat Fußball mit Countrymusik zu tun?**

Gerd Dembowski ist als Sprecher des Bündnisses aktiver Fußballfans (baff) und durch seine Arbeit für »Football against racism in europe« (fare) bekannt geworden. Er ist europaweit als Fan-Experte in Sachen Diskriminierung, Gewalt, Repression und Kommerzialisierung gefragt. Ob er dabei eher ein Fan oder Anthropologe ist, weiß er selbst nicht so genau. Vielleicht wird er deshalb den Zusammenhang von Fußball und Countrymusik erklären können.

Mit Gerd Dembowski

**Veranstaltungsort:** junge Welt-Ladenlokal, Torstraße 6, 10119 Berlin

**Kontakt:** Dagmar Rubisch,  
Tel. 030 44310-158, [rubisch@rosalux.de](mailto:rubisch@rosalux.de)

# KEIN BOCK auf NAZIS

Johannes Radke

## Wer nicht fühlen will, muss hören – mit Musik gegen Nazis

Während die staatliche Unterstützung für Initiativen gegen Rechtsextremismus immer weiter gekürzt wird, startete die Berliner Punkband ZSK ein Deutschlandweites Jugend-Projekt gegen Rechts. Mit mehr als 100.000 kostenlosen DVDs und 500.000 Schülerzeitungen gegen Rechts beziehen Künstler Stellung gegen Rassismus und rechte Ideologien. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dieses Projekt mehrfach unterstützt.

Im April 2006 erschien die erste Auflage der kostenlosen DVD »Kein Bock auf Nazis« und die gleichnamige Schülerzeitung. Seither hat das Projekte tausende Pakete mit DVDs, Flyern und Zeitungen an lokale Initiativen, Schülergruppen und Kampagnen gegen Rechts verschickt. Die Resonanz ist groß. Jede Woche kommen mehr als 100 Mails von Jugendlichen, die sich an dem Projekt beteiligen wollen.

Unterstützt wird »Kein Bock auf Nazis« von Prominenten der deutschen Musikszene wie: Die Ärzte, Wir Sind Helden, Fettes Brot, Beatsteaks, Die Toten Hosen, Donots, ZSK, Muff Potter, Julia Hummer, Culcha Candee-

la und Madsen. Über Musikmagazine, auf Konzerten und über die Webseite werden die Gratis-DVDs an Jugendliche, Schulen und Jugendzentren in ganz Deutschland verteilt.

»Mit »Kein Bock auf Nazis« wollen wir ein klares Zeichen gegen Rassismus und gegen Rechts setzen. Es hilft nicht, wenn man das Rechtsextremismus-Problem ignoriert oder verharmlost. Man muss den Rechten immer und überall offensiv entgegenreten«, sagt Joshi, Sänger der Band ZSK. »Gerade in Zeiten, wo sich die Neonazis betont modern und jugendlich zu geben versuchen, ist es umso wichtiger deutlich zu machen, dass es für die menschenverachtende Ideologie der Rechten keinen Platz geben darf«, ergänzt Flori, Schlagzeuger von ZSK.

Der 80minütige Film enthält Interviews mit den beteiligten Musikern und Schauspielern, eine Dokumentation über rechte Strukturen in Deutschland und Portraits von vier erfolgreichen Jugend-Initiativen gegen Rechtsextremismus. »Diese DVD zeigt Jugendlichen, dass sie nicht alleine dastehen, wenn sie ihre Stimme gegen Rechts erheben. Verschie-

dene Initiativen und prominente Künstler machen Mut und zeigen, dass Engagement auch cool sein kann«, so Falco Schuhmann vom apabiz.

Ziel des DVD-Projekts ist es Jugendlichen Mut zu machen sich gegen rechte Tendenzen in ihrem Umfeld stark zu machen und eine nicht-rechte Jugendkultur zu fördern. »Vor allem in ländlichen Regionen sind kulturelle Alternativangebote ein wichtiger Schritt um den rechten Mainstream in den Jugendkulturen zu durchbrechen. Eigeninitiativen von nicht-rechten Jugendlichen haben somit eine herausragende Bedeutung im Kampf gegen Rechts und sollten deshalb nach Kräften unterstützt und gefördert werden«, erklärt Falco Schuhmann vom apabiz.

Die »Kein Bock auf Nazis«-DVD ist in vier Teile gegliedert:

- Interviews mit den beteiligten Musikern, Schauspielern.
- Eine 40minütige Dokumentation der »Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen« mit dem Titel »Wir erobern die Städte vom Land aus! Portrait einer neonazistischen Keimzelle.«





- Portraits von vier erfolgreichen Jugend-Initiativen gegen Rechtsextremismus.
- Im Abspann werden in jeweils 2 bis 3 Sätzen die Einzelschicksale von 138 Menschen beschrieben, die in den letzten Jahren von Neonazis in Deutschland ermordet wurden.

In den Interviews mit den Musikern und Schauspielern erzählen diese von ihren Erfahrungen mit Neonazis und erklären warum sie sich als Künstler gegen Rechts stark machen. Die Initiativen stellen ihre Arbeit vor und berichten von ihren Erfahrungen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Die Dokumentation der »Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen« wurde 2005 von André Aden und Andrea Röpke gedreht und für die »Kein Bock auf Nazis«-DVD freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Die Aktivitäten von Neonazis und ihre Versuche sich im ländlichen Raum zu etablieren, bilden den Hintergrund dieser Dokumentation. Obwohl der Film sich primär mit Neonazistrukturen in Niedersachsen beschäftigt, steht die geschilderte Situation beispielhaft für Neonazi-Aktivitäten in vielen Teilen Deutschlands.

### **Folgende Jugend-Initiativen werden auf der DVD vorgestellt:**

1. »We will Rock you«-Kampagne  
Die Kampagne hat sich zum Ziel gesetzt,

Rechtsrock in seinen Strukturen öffentlich zu machen und führt Demonstrationen und Outingaktionen gegen rechtsradikale Läden, Labels und Bands durch. In NRW hatte die Kampagne große Erfolge und wird zurzeit in Berlin und Brandenburg wiederholt.

### **2. Die Kampagne »Stop Thor Steinar«**

Die Kampagne richtet sich gegen die rechte Klamottenmarke Thor Steinar und versucht mit öffentlicher Aufklärung der Marke den Markt zu entziehen. Unter anderem kann das gerichtliche Verbot des Runen-Logos der Marke nach § 86a StGB im letzten Jahr auf die Medienarbeit der Initiative zurückgeführt werden.

### **3. Die Organisation des »Le Monde est a nous« – Festivals in Berlin-Treptow**

Das Festival findet jedes Jahr in einem Bezirk statt, der in den Medien oft als „nationalbefreite-Zone“ benannt wird. Mit mehreren Hundert Besuchern ist das Festival ein wichtiger Schritt zur Förderung einer nicht-rechten Jugendkultur in Berlin-Treptow und ein gutes Beispiel, wie man mit einer solchen Veranstaltung eine nicht-rechte Jugendkultur in einem von Rechts dominierten Bezirk fördern kann.

### **4. »Turn it Down« – Initiative gegen Rechte Musik**

Das Projekt »Turn it Down« beschäftigt sich seit langem mit rechter Jugendkultur, insbesondere mit rechter Musik. Zusammen mit Leuten aus verschiedenen Musikszenen entstand die Idee ein Forum für Musik und Kultur und gegen Rechts zu erstellen. Etliche Labels, Plattenläden, Versände, Bands, Manager oder Produzenten haben bereits gemeinsam mit »Turn it Down« klar gemacht, dass »Gegen Rechts« für sie mehr als eine Imagefrage ist.

Die DVD richtet sich an alle Jugendlichen, die nicht mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis einverstanden sind. Es sollen Möglichkeiten zum eigenen Handeln gegen Rechts aufgezeigt werden und Mut gemacht werden, diese Möglichkeiten auch auszuschöpfen. Außerdem soll der Vernetzungsgedanken für eine alternative, nicht-rechte Jugendkultur in Deutschland gefördert werden.

*Johannes Radke ist Redakteur von [www.Netz-Gegen-Nazis.de](http://www.Netz-Gegen-Nazis.de).*



Auf folgenden Internetseiten kann man die DVD »Keine Bock auf Nazis« kostenlos und in voller Länge runterladen:

[www.kban.de.vu](http://www.kban.de.vu)

[www.kban.de.tl](http://www.kban.de.tl)

[www.doku-planet.de/index.php?s=kban](http://www.doku-planet.de/index.php?s=kban)

Weitere Informationen:

[www.keinbockaufnazis.de](http://www.keinbockaufnazis.de)

Julia Killet

# »Frauen Macht Politik«

*Frauensommerschule im Frauenbildungshaus Zülpich*

**»Als bürgerliche Frau ist das Weib ein Parasit der Gesellschaft, ihre Funktion besteht nur im Mitverzehren der Früchte der Ausbeutung; als Kleinbürgerin ist sie ein Lasttier der Familie. In der modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen, der Anteil an der Kulturarbeit, an der Geschichte der Menschheit.«**

Rosa Luxemburg,  
Die Proletarierin, 1914,  
GW 3, 410f.

Rosa Luxemburg analysiert in diesem Zitat die Folgen des Ausschlusses der Frauen aus der gesellschaftlichen Produktion für die unterschiedlichen Klassen. Erst im politischen Kampf könne sich die Frau als freier Mensch verwirklichen. Noch heute, 94 Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift, hat Rosa Luxemburg den Frauen der Gegenwart eine Botschaft zu vermitteln. Auch in Zeiten einer Bundeskanzlerin ist die Gleichberechtigung in der Gesellschaft noch immer nicht angekommen. Nicht nur in der Politik erleben Frauen geschlechterspezifische Diskriminierung. Ob auf kommunaler Landes- oder auf Bundesebene – das politische Feld wird, besonders in den Spitzenpositionen, von Männern dominiert. Die Widerstände, mit denen politisch engagierte Frauen es zu tun bekommen, sind vielfältig – manchmal plump, manchmal subtil, mitunter schon verinnerlicht.

Trotz Familie, Arbeitslosigkeit, Studium oder Karriere engagieren sich die Frauen in den politischen Kämpfen. Sie wollen gemeinsam etwas bewegen, eine bessere Zukunft für ihre Kinder gestalten, mitreden und entscheiden. Neue Ideen und Motivation bekamen 18 engagierte Frauen, die am Anfang ihrer politischen Arbeit stehen, bei der Frauensommerschule vom 15. bis 19. Juni im Frauenbildungshaus Zülpich. Unter dem Motto »Frauen Macht Politik« konnten sie ihre Erfahrungen in verschiedenen Politikfeldern reflektieren und bekamen Anregungen von Wissenschaftlerinnen, Feministinnen und Politikerinnen.

Das umfangreiche Programm startete am ersten Abend mit einem Vortrag von Sevim Dagdelen. Die Bundespolitikerin der Partei DIE LINKE beleuchtete die Frage, ob es hilfreich oder hinderlich sei, als Frau Politik zu machen. Nach ihren Ausführungen kam die Gruppe zu dem Schluss, dass Frauen ihre Ziele offensiver durchsetzen müssen. Am nächsten Morgen trafen sich die Frauen zu einem Workshop mit Prof. Dr. Frigga Haug. Die 70-jährige Soziologin und linke Politikerin, die sich federführend an der Frauenbewegung der 70er Jahre beteiligte, stellte anhand der Frage »Wollen wir die Hälfte der Welt oder doch lieber

eine andere?« ihre »Vier-in-einem-Perspektive« vor. Ihr Ansatz beleuchtet Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen. Frigga Haug stellt fest, dass politische Projekte lange Zeit in diesen vier Bereichen getrennt verfolgt wurden. Mit ihrem Politikvorschlag an die neue Linke möchte sie die Bereiche in einen Zusammenhang bringen.

In der »Vier-in-einem-Perspektive« geht Frigga Haug davon aus, dass es gegenwärtig zu viel Arbeit gibt, die jedoch ungerecht verteilt ist. Der Reichtum erhöhe die Last auf den Schultern der Arbeitslosen. Das Augenmerk müsse auf die Reproduktionsarbeit gelegt werden, die keinen Profit bringt und meist unentgeltlich von Frauen getan würde. Dazu gehöre die Pflege von Kindern, Behinderten, Alten, der Natur und schließlich sich selbst. Es ginge darum, seine eigenen Fähigkeiten zu finden und auszubauen und viel Zeit für die Politik aufzubringen.

Voraussetzung für die Verwirklichung der »Vier-in-einem-Perspektive« sei, dass alle über ein ausreichendes Einkommen zum Leben verfügen und sich in jedem der vier Bereiche betätigen und sie gedanklich als Ganzes fassen: In der Erwerbsarbeit, die Haug in ihrer Theorie auf vier Stunden verkürzt, in der Sorgearbeit um sich und andere, in der Entfaltung der schlummernden Fähigkeiten und im politisch-gesellschaftlichen Engagement. Wenn diese vier Bereiche mit in den Alltag einfließen würden, käme ein etwa 16-stündiger Arbeitstag heraus, in dem die Entwicklung jedes einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden könne. Priorität sei es, sich zunächst selbst kennen zu lernen und Widersprüche zu erkennen, bevor die Gesellschaft verändert werden könne.

Mit dem neuen Feminismus beschäftigten sich die Teilnehmerinnen am dritten Tag des Seminars unter Leitung von Dr. Mithu M. Sanyal und Melanie Stitz, Redakteurinnen der feministischen Zeitschrift WIR FRAUEN. Mitunter entsteht der Eindruck, Feminismus

habe keine Bedeutung mehr und Frauen stünden heute alle Türen offen. Ausgestattet mit Ehrgeiz und einer guten Ausbildung werden sie heute sogar Kanzlerin. Aber nur, weil eine Frau an der Spitze steht, heißt das noch lange nicht, dass sich die geschlechterspezifischen Benachteiligungen für Frauen in der Gesellschaft in Luft auflösen. Auch wenn das Thema Gleichberechtigung heute in vielen Bereichen selbstverständlicher geworden ist, gibt es noch viel zu tun. Frauen erhalten noch immer weniger Lohn für gleiche Arbeit und sind im besonderen Maße von Hartz IV, Armut und Niedriglöhnen betroffen. Leitende Positionen werden immer noch von Männern dominiert, selbst bei der Frauenzeitschrift »Brigitte« sitzt ein Mann auf dem Chefsessel. Nach wie vor ist es vor allem »Frauensache«, Lohnarbeit, politisches Engagement, Kinder und Hausarbeit unter einen Hut zu bringen. Trotzdem hört Frau täglich in den Medien, dass es zu wenige Kinder gäbe.

Die Feministinnen der dritten Welle haben etwas zu sagen. Sie setzen sich für die Geschlechtergerechtigkeit ein, distanzieren sich jedoch vom »Emma-Feminismus« und passen

ihre Themen an die heutige Gesellschaftsrealität an. Die klassischen feministischen Themen, wie Abtreibung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie, stehen nicht mehr alleine im Mittelpunkt, die feministische Perspektive wird auf jeden Lebensbereich und jedes Thema angewandt. Die Frage des Geschlechts wird analytisch mit weiteren Kategorien verzahnt, wie Hautfarbe, Nationalität oder Klassenzugehörigkeit. Popfeministinnen kritisieren die Lebenswelt im Kapitalismus, wozu die Politik, das Fernsehen, die Werbung oder die Musik gehören.

Das Fazit des Seminars lautete: Feminismus ist (wieder) sexy – nicht als weiterer Zwang, sondern als Chance, daraus einen coolen Lifestyle zu machen, der auch noch Spaß macht.

Frauenthemen müssen gestärkt werden, auch in der Kommunalpolitik. Am vierten Tag bekam die Runde daher Besuch von Katharina Weise, die aus ihrer eigenen Erfahrung als Kommunalpolitikerin und über die kommunalpolitische Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem in den westdeutschen Bundesländern berichtete.

Unterstützung bekam sie von Claudia Butta, die von ihrem gewerkschaftlichen Engagement in einer Frauengruppe erzählte, und von Conny Swillus-Knöchel, die über ihre Arbeit in der Partei DIE LINKE, insbesondere in der AG Lisa, referierte.

Nach den Erfahrungsberichten blieb den Frauen genug Raum, sich Gedanken zu machen, wie sie sich in Zukunft politisch einbringen werden und wie sie ihr eigenes Engagement im Hinblick auf Frauenthemen verstärken können. Lange Diskussionen gab es über die Frauenquote, auf die bestanden werden müsse. Grundtenor des Seminars war, dass Frauen durch ihr politisches Engagement innerlich gestärkt werden, auch wenn sie oft mit Widerständen und Herausforderungen umgehen müssen. Dass es wichtig ist, sich ein eigenes Profil zu erarbeiten, sich auf einen Themenbereich zu konzentrieren und die eigene Arbeit immer wieder zu reflektieren, war eine Quintessenz des Seminars.

*Julia Killet ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen.*



Lifestyle-Feminismus, cool unter freiem Himmel

Sabine Reiner/Michael Popp

# Gesprächskreis Wirtschaftspolitik

Unmittelbar vor dem Megawahljahr 2009 dominieren wirtschaftspolitische Probleme die Schlagzeilen. Von der Finanzkrise über die explodierenden Energie- und Nahrungsmittelpreise bis zur allgemeinen, aber nicht unwichtigen R-Frage: Kommt die Rezession und was sind die richtigen Maßnahmen dagegen? In all diesen Fragen wird der LINKEN in der bürgerlichen Presse, aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung die nötige wirtschaftspolitische Kompetenz abgesprochen. Dabei gilt aber auch: *»Weder die SPD-Losung von ›guter Arbeit‹, noch der FDP-Slogan ›Mehr Netto vom Brutto‹ und schon gar nicht die Unionsparole ›Sozial ist, was Arbeit schafft‹ sprechen für Wirtschaftskompetenz.«* Mit dieser Feststellung hatte Christa Luft unter der Überschrift »Wirtschaftskompetent und sozial« am Morgen des 6. Juni im *Neuen Deutschland* die Frage nach der wirtschaftspolitischen Kompetenz ins Zentrum gerückt; am Nachmittag schon konnte sie ca. 30 Interessierte zur Gründung eines Gesprächskreises Wirtschaftspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung begrüßen.

Der Einladung waren Expertinnen und Experten aus den Bundes- und Landtagsfraktionen, aus dem Stiftungsverbund, aus wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten und den Gewerkschaften gefolgt. Christa Luft stellte mit Blick auf die wirtschaftspolitische Debatte der LINKEN noch einmal fest, dass es zwar eine Fülle einzelner Konzepte gäbe, aber eine wirtschaftspolitische Strategie aus einem Guss bei der LINKEN noch nicht erkennbar sei. Eine ähnliche Situationsbeschreibung trifft auch für die gastgebende Rosa-Luxemburg-Stiftung durchaus zu: Entgegen dem ersten Eindruck, den man auf der Themenseite der RLS zur Wirtschaftspolitik gewinnt, findet die wirtschaftspolitische Diskussion in einer überraschenden Breite in unterschiedlichen Netzwerken, Veranstaltungen und Publika-

tionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung ihren Niederschlag. Schwachpunkte sind aber sicherlich die fehlende Bündelung und die schwache Strahlkraft zwischen Stiftung auf der einen sowie der nahestehenden Partei und ihren Fraktionen auf der anderen Seite.

***»Weder die SPD-Losung von ›guter Arbeit‹, noch der FDP-Slogan ›Mehr Netto vom Brutto‹ und schon gar nicht die Unionsparole ›Sozial ist, was Arbeit schafft‹ sprechen für Wirtschaftskompetenz.«***

Als Hauptreferent hat der Volkswirt Jan Prieue direkt eine aktuell kontrovers diskutierte wirtschaftspolitische Positionierung aufgegriffen. Nach einem eher skeptischen Überblick über die konjunkturellen Perspektiven für die Bundesrepublik und den Euroraum, skizzierte Jan Prieue zunächst die wesentlichen Dogmen des wirtschaftspolitischen Mainstreams.

Anschließend setzte sich Prieue kritisch mit der linken Alternative zu diesen Dogmen des Mainstreams auseinander. Jan Prieue teilte die grundsätzliche Zielstellung, den Trend zur Absenkung der Staatsausgaben zu durchbrechen. Kritisch sah er aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive aber vor allem die begriffliche Verwirrung und die damit einhergehende verschwommene wirtschaftspolitische Aussagekraft der LINKEN: Will sie mit ihrem Zukunftsprogramm in den nächsten 2 bis 4 Jahren die Investitionen

ausweiten, um kurzfristig die Konjunktur zu stabilisieren bzw. vor einem Abrutschen in die Stagnation zu schützen oder will sie in einem langfristigen Szenario einen neuen Wachstumspfad beschreiten, bei dem die Staatsausgaben insbesondere für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Umweltschutz eine entscheidende Rolle einnehmen? Will DIE LINKE dabei Mehrausgaben ausschließlich über Steuern oder auch kurzfristig über Kredite finanzieren? Und welche zusätzlichen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen braucht es z. B. auf europäischer Ebene um einen entsprechenden Wachstumspfad institutionell (Maastricht) und geldpolitisch (EZB) abzusichern?

Entlang dieser kritischen Nachfragen entspann sich ein fruchtbarer Dialog zwischen Wissenschaft und Politik um die Frage nach einem sinnvollen makroökonomischen Alternativkonzept für die Bundesrepublik. Neben der Notwendigkeit der Etablierung eines Wachstumspfades für staatliche Ausgaben geriet in der Diskussion auch die notwendige Abkehr von einer rein auf Exportüberschüsse ausgerichteten Wirtschaftspolitik in den Vordergrund. Mit diesem Themenkomplex will sich der Gesprächskreis in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

*Dr. Sabine Reiner ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

*Michael Popp ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion DIE LINKE bei Ulla Lötzer; zusammen koordinieren sie den Gesprächskreis Wirtschaftspolitik.*

Interessierte können sich per E-Mail bei dem Gesprächskreis Wirtschaftlichkeit melden:

**gkWirtschaftspolitik@rosalux.de**

14.12.2003 / Berlin-Prenzlauer Berg

Ein 35-jähriger Mann afrikanischer Herkunft wird in der Tram Nr. 50 von zwei Männern beleidigt und mit einem Messer bedroht. Er versucht, den Straßenbahnfahrer zu informieren, wird von den Angreifern aber daran gehindert. Andere Fahrgäste rufen mit Mobiltelefon die Polizei und fordern die Angreifer auf, den Mann in Ruhe zu lassen.

Der Straßenbahnfahrer hält die Türen bis zum Eintreffen der Polizei geschlossen.  
Die Täter werden festgenommen.

*Pressedienst der Polizei, 15.12.2003*  
*Der Tagesspiegel, 16.12.2003*  
*taz, 16.12.2003*  
*Berliner Zeitung, 16.12.2003*  
*Neues Deutschland, 16.12.2003*

**RECHTSEXTREMISMUS**

Gerd Wiegel

# Extreme Rechte in Deutschland – Deutungsmuster und Erklärungsansätze

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Neofaschismus, extreme Rechte: Bereits die Begrifflichkeiten, mit der die anhaltenden – relativen – Erfolge einer extremen Rechten in Deutschland beschrieben werden, geben einen Hinweis auf die unterschiedlichen Interpretationen und Erklärungsansätze, mit denen die Wahlerfolge von Parteien wie der NPD aber auch die grassierende Gewalt von Nazi-Kameradschaften und rechten EinzeltäterInnen erklärt werden. Da Deutungen

und Erklärungsmuster immer auch Anhaltspunkte für Gegenmaßnahmen geben wollen, stehen Begrifflichkeiten und die mit ihnen verbundenen Interpretationen für einen oft ganz unterschiedlichen Umgang mit dem Problem. Wie sieht dieses Problem in Deutschland aktuell aus?

Die NPD als radikalste und aggressivste Kraft der organisierten extremen Rechten ist nach vielen Jahren des Schattendaseins

inzwischen wieder zur stärksten Kraft der extremen Rechten in der Bundesrepublik geworden. Mit den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) hat die NPD einen Aufschwung genommen, der sie zum zentralen Bezugspunkt der extremen Rechten in der Bundesrepublik gemacht hat. Seit Udo Voigt Vorsitzender der NPD ist, hat sich die Partei konsequent dem militanten und jungen Spektrum des Neofaschismus geöffnet.

Die Verbindung zu den so genannten »freien Kameradschaften« hat ihr Attraktivität und AnhängerInnen vor allem unter jungen und jugendlichen NeofaschistInnen eingebracht. Ein Element der neuen Qualität der extremen Rechten ist gerade diese Zusammenarbeit, die die Schlagkraft der NPD erhöht und das Kameradschaftsspektrum stabilisiert. Demonstrationen, Konzerte, Aufmärsche werden oft gemeinsam durchgeführt, regionale Kameradschaften (auch finanziell) von der NPD unterstützt, wengleich diese Zusammenarbeit nicht immer unproblematisch verläuft, wie sich immer wieder an ihren internen Debatten ablesen lässt.

Neben dem parteipolitischen Strang der extremen Rechten findet sich in der gesamten Bundesrepublik ein – mal mehr mal weniger – dichtes Netz extrem rechter Subkultur, häufig jugendkulturell geprägt, mit Ausstrahlung in den vorpolitischen Raum. Kameradschaften, rechte Jugendcliquen, Musiklabels für Nazimusik aber auch Vereine zur gezielten Kinder- und Jugendarbeit, wie die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) gehören dazu. In diesem Feld rekrutiert sich der Nachwuchs der extremen Rechten, findet eine Politisierung im rechten Feld statt. Die Normalisierung rechter und neofaschistischer Einstellungsmuster in einzelnen Regionen Deutschlands ist der Nährboden, auf dem die extreme Rechte auch künftig wachsen könnte. Der Journalist und Buchautor Toralf Staudt sprach einmal plakativ von der »Faschisierung der ostdeutschen Provinz«, womit das Problem auch eine geographische Spezifizierung erfuhr, denn unbestritten ist die Gefahr, Opfer einer rassistischen und von Nazis verübten Gewalttat zu werden, in Ostdeutschland höher.

## Erklärungsansätze

Warum die extreme Rechte seit Ende der neunziger Jahre (übrigens nicht nur in Deutschland) einen Aufschwung erlebt, warum sich Einstellungsmuster, die der extremen Rechten zugeschrieben werden, verstärkt auch in der Mitte der Gesellschaft

finden (und ob das überhaupt stimmt), dazu gibt es zahlreiche Erklärungsansätze, die sich teils ergänzen, teilweise aber auch gegenseitig ausschließen. Auf einige davon will ich im Folgenden eingehen.

### *An soziale Alltagserfahrungen anknüpfende Ansätze sind für die Erklärung des relativen Aufschwungs der extremen Rechten vorwärtsweisend.*

Schon mit der ersten Erfolgswelle der NPD in den 1960er Jahren kam die einerseits beruhigende, andererseits das Problem jedoch verstetigende Interpretation auf, Rechtsextremismus sei eine »normale Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften« (u. a. Erwin K. Scheuch) und gehöre quasi zum normalen Inventar. Insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte war diese Form der »Normalisierungsdeutung« alles andere als beruhigend und kann bis heute zu einer Bagatellisierung des Problems beitragen. Ähnlich ist es mit der bis heute fast reflexartig geäußerten These der »Protestwähler«, wenn über Wahlerfolge extrem rechter Parteien gesprochen wird. Ungeklärt bleibt hier die Frage, warum sich der »Protest« rechts äußert. Zudem wird von den Inhalten der extremen Rechten gänzlich abstrahiert, so als seien Rassismus, Nationalismus, NS-Verherrlichung – wie sie von Parteien der extremen Rechten vertreten werden – für die vermeintlichen ProtestwählerInnen unbedeutend.

Wissenschaftlich umstritten, jedoch am stärksten im politischen Mainstream verankert ist bis heute der Extremismusansatz, der in Fortschreibung der Totalitarismustheorie eine Gleichsetzung von linkem und rechtem Extremismus vornimmt und beiden den demokratischen Verfassungsstaat gegenüber stellt. ExtremistInnen und DemokratInnen werden hier fein säuberlich voneinander getrennt. Hiermit bleibt der Ansatz statisch und entfaltet nur wenig Erklärungskraft für das Entstehen der extremen Rechten und die

Zunahme extrem rechter Einstellungsmuster in der Gesellschaft. Wechselwirkungen zwischen der Mitte der Gesellschaft und den Bewegungen an den politischen Rändern bleiben damit ausgeblendet, die Inhalte der extremen Rechten treten hinter die äußere Erscheinungsform zurück. Im politischen Spektrum wird dieser Ansatz vor allem von Theoretikern wie Eckehard Jesse und im Hanna-Arendt-Institut in Dresden stark gemacht.

Inhaltlich differenziertere Ansätze zur Erklärung der extremen Rechten richten sich stärker auf die Wechselwirkungen zwischen soziokulturellen Entwicklungen der Gesellschaft und den zeitweiligen Aufschwüngen der extremen Rechten. So sah Wilhelm Heitmeyer in einer Studie aus den achtziger Jahren vor allem die ModernisierungsverliererInnen mit ihren durch Desintegration geprägten Alltagserfahrungen als potenziell empfänglich für die Ideologie und Propaganda der extremen Rechten. Die mit der Globalisierung, Flexibilisierung und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme einhergehenden Verunsicherungen in weiteren Teilen der Bevölkerung führten demnach zur Suche der Individuen nach neuen Sicherheiten und sozialer Identität, die von der extremen Rechten in Form von unhinterfragbarer Zugehörigkeit (Nation, »Rasse«) angeboten würden.

Die Empirie zeigt jedoch, dass keineswegs nur VerliererInnen der neoliberalen Entwicklungen anfällig für die Ideologie der extremen Rechten sind. So kann offensichtlich auch die Sorge, den gewohnten materiellen Standard nicht halten zu können, die Orientierung an autoritären politischen Ausdrucksformen befördern. Mit dem Konzept der »relativen Deprivation«, worunter das subjektive Gefühl der Benachteiligung verstanden wird, findet nicht nur die objektive soziale Lage Berücksichtigung, sondern auch die Enttäuschung gegebener subjektiver Erwartungshaltungen von Menschen. Erfahrungen der Selbstentwertung durch die fehlende soziale Anerkennung in beruflichen und persönlichen Bezügen lassen für zahlreiche Menschen autoritäre Politikangebote, wie sie von rechts formuliert werden, eben-

falls attraktiv erscheinen (vgl. SIREN-Studie). Solche an soziale Alltagserfahrungen anknüpfende Ansätze sind für die Erklärung des relativen Aufschwungs der extremen Rechten in Deutschland und Europa vorwärtsweisend. Sie liefern auch eine bessere Erklärung für ostdeutsche Schwerpunktregionen der extremen Rechten, als dies mit dem ausschließlichen Verweis auf die autoritäre Hinterlassenschaft der DDR möglich ist.

Auch die extreme Rechte reagiert auf die veränderten sozioökonomischen Bedingungen. Während die NPD die soziale Frage für sich neu entdeckt hat, hier jedoch vor allem auf völkische Konzepte des Faschismus zurückgreift, nahmen zahlreiche erfolgreiche Parteien der extremen Rechten in Europa Anleihen bei neoliberalen Argumentationsmustern und entwickelten eine spezifische Form des Standortnationalismus (Ch. Butterwegge), womit sie teilweise für konservative

und christliche Parteien bündnisfähig wurden. Mit dem Stichwort Rechtspopulismus wird die Form des Auftretens solcher modernisierter Parteien der extremen Rechten beschrieben, die traditionelle Inhalte der extremen Rechten (Rassismus, Nationalismus) mit neoliberalen Elementen vermischen.

Für die Einschätzung des Potenzials der extremen Rechten sind Einstellungsuntersuchungen und Langzeitstudien zur Entwicklung ausgrenzender und autoritärer Einstellungen von großer Bedeutung (Heitmeyer, Brähler/Decker), da mit ihnen die Entwicklungen der Mehrheitsgesellschaft in den Blick genommen werden. Für eine möglichst umfassende Erklärung aktueller Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland und Europa ist die Kombination verschiedener Interpretationsansätze sinnvoll und fruchtbar, da sie unterschiedliche Ursachen und Phänomene untersu-

chen und es keine allgemeingültige Theorie gibt, die die Entstehung der extremen Rechten hinreichend erklärt.

*Dr. Gerd Wiegelt ist Referent für Rechts-  
extremismus und Antifaschismus in der  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.*

#### Literatur:

- Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hrsg.) (2006): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Texte 29 der RLS, Berlin
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2006b): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen & Framington Hills
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2003 ff.): Deutsche Zustände, Frankfurt am Main
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel (hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin



12.06.2004 / Alt-Friedrichsfelde

Gegen 22 Uhr wird der 18-jährige Djamal auf der Straße Alt-Friedrichsfelde, in der Nähe der Diskothek »Kalinka« von zwei Angreifern auf den Boden geworfen, mit Schlägen und Tritten traktiert und rassistisch beschimpft. Es werden ihm mehrere Rippen gebrochen. Anschließend schleppt er sich in einen Hausflur und bricht bewusstlos zusammen. Er muss stationär behandelt werden.

Berliner Kurier, 16.06.2004



**09.09.2006 / Berlin-Lichtenberg**

Zwischen 1 Uhr und 1.30 Uhr werden der Besitzer und die Gäste eines Imbisslokals in der Weitlingstraße von zwei Männern aus der benachbarten Kneipe »Kiste« bedroht, rassistisch beleidigt und angegriffen. Die Täter werden festgenommen.

*Eigener Bericht*

**15.09.2006 / Berlin-Lichtenberg**

Gegen ca. 22.00 Uhr kommt derselbe Mann, der am 9. September an dem Angriff auf das Imbisslokal beteiligt war, um sich angeblich zu entschuldigen. Die Ehefrau des Imbissbesitzers fordert den Mann auf, das Lokal zu verlassen. Daraufhin kommen aus der Kneipe »Kiste« zwei weitere Männer zum Imbisslokal und beleidigen und bedrohen die Frau.

*Eigener Bericht*

**08.12.2006 / Berlin-Lichtenberg**

Der Besitzer eines Imbissgeschäfts und sein Bruder werden von zwei Männern aus der nahegelegenen Kneipe »Kiste« rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt. Die Geschädigten setzen sich zur Wehr. Die Angreifer flüchten in die »Kiste« und werden von der Polizei festgenommen.

*Pressemeldung der Polizei, 08.12.2006; rbbonline, 08.12.2006  
Berliner Morgenpost, 09.12.2006; Der Tagesspiegel, 09.12.2006  
Berliner Zeitung, 12.12.2006; Antifa Hohenschönhausen, Eigener Bericht*

**07.03.2007 / Berlin-Lichtenberg**

Der 37-jährige Betreiber eines türkischen Schnellrestaurants in der Weitlingstraße wird in der Nacht von zwei Männern und einer Frau um die 40, die sich vor dem Imbiss aufhalten, rassistisch beleidigt. Als der Besitzer darauf reagiert, betritt ein Mann das Geschäft und beleidigt sowohl Gäste als auch den Wirt mit den Worten: »Scheiß Polen, Scheiß Türken«, »Heil Hitler«, »Kanaken«. Er wird aufgefordert, das Lokal zu

verlassen, kommt aber wieder rein und belästigt und bedroht die Gäste erneut. Der Imbissbesitzer ruft die Polizei, die den 47-jährigen vorläufig festnimmt und eine Anzeige wegen Beleidigung aufnimmt.

*Pressemeldung der Polizei, 07.03.2007  
Der Tagesspiegel, 07.03.2007; Berliner Zeitung, 08.03.2007  
ddp, 07.03.2007; Antifa Hohenschönhausen*

**20.07.2007 / Berlin-Lichtenberg**

Eine 19-jährige Besucherin vietnamesischer Herkunft des Imbisses in der Weitlingstraße wird gegen 20.30 Uhr von einem Neonazi bedroht. Die Frau alarmiert die Polizei. Der Neonazi versucht ebenfalls einen zufällig mit dem Fahrrad vorbei fahrenden Ukrainer anzugreifen. Ein Arzt afghanischer Herkunft wird bei der Blutentnahme von dem 32-jährigen Täter rassistisch beleidigt.

*Pressemeldung der Polizei, 21.07.2007  
Der Tagesspiegel, 21.07.2007; Berliner Morgenpost, 22.07.2007  
taz, 23.07.2007; Antifa Hohenschönhausen*



Albert Scherr

# Rechtsextremismus: Ein ostdeutsches Phänomen?

Die Frage, ob der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern tatsächlich wesentlich stärker verankert ist als in den alten und wie das gegebenenfalls zu erklären sei, hat bekanntlich immer wieder zu emotional aufgeladenen Kontroversen geführt. Zu erinnern ist etwa an den berühmten pseudowissenschaftlichen Versuch, einen direkten Zusammenhang zwischen rechtsextremen Tendenzen und frühkindlicher Sozialisation in DDR-Kinderkrippen herzustellen. Zur emotionalen Aufladung entsprechender Debatten trägt zweifellos bei, dass diese aus einem ostdeutschen Blickwinkel als ein erneuter Beleg für das Unverständnis der Westdeutschen für die Verhältnisse in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern wahrgenommen und entsprechend als Ausdruck einer Missachtung der eigenen ostdeutschen Geschichte und Gegenwart erlebt werden können.

Sachlich und nüchtern betrachtet ist es inzwischen jedoch – anders als Anfang der 1990er Jahre – offenkundig, dass bestimmte Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland gegenwärtig erheblich stärker ausgeprägt sind, als in den westlichen Bundesländern. Dies gilt für die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bei Landtags- und Kommunalwahlen, aber auch in Hinblick auf die alltagskulturelle Verankerung und Verbreitung einer rechtsextremen Jugendkultur. Die zahlreichen Berichte von Sozialarbeitern und Journalisten sowie die wenigen einschlägigen wissenschaftlichen Analysen deuten daraufhin, dass in einigen Regionen deutlich nach rechts tendierende beziehungsweise manifest rechtsextreme Jugendszenen – anders als im Westen – keine kleinen randständigen Minderheiten sind. Sie besitzen großen Einfluss und werden in

lokalen Kontexten auch als die dominante Szene wahrgenommen.

Richard Stöss (2005) kommt in seiner Untersuchung zu der Einschätzung, dass das rechtsextremistische Einstellungspotential in den alten Bundesländern bei 16 % anzusiedeln sei, in den neuen bei 23 %. In anderen Umfragen (s. Brähler/Decker 2006) zeigt sich entsprechend, dass insbesondere bestimmte Dimensionen von »Ausländerfeindlichkeit« in Ostdeutschland erheblich stärker ausgeprägt sind. Dem Statement »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« stimmen 43,8 % der Ostdeutschen, aber »nur« 35,2 % der Westdeutschen zu. Dagegen sind in Hinblick auf nationalistische Einstellungen nur geringe Ost-West-Unterschiede festzustellen und antisemitische Einstellungen finden in dieser Befragung im Westen deutlich höhere Zustimmung als im Osten.

Damit soll nun aber keineswegs behauptet sein, dass der neue Rechtsextremismus sinnvoll als ein Sonderproblem der neuen Bundesländer diskutiert werden kann. Vorliegende Untersuchungen zeigen auf, dass bei deutlich über 10 % der Bevölkerung ein rechtsextremes Einstellungspotential festzustellen ist, und dies gilt im Osten wie im Westen. Auch in den westlichen Bundesländern gab und gibt es Wähler rechtsextremer Parteien. So hatten »Die Republikaner« in den 1990er Jahren bei zwei Landtagswahlen in Baden-Württemberg ca. 10 % der Wählerstimmen auf sich vereint. Und auch in den westlichen Bundesländern gab und gibt es eine rechtsextreme Jugendkultur – nicht zufällig wurde z. B. das Konzept der damals so genannten »akzeptierenden Jugendarbeit« in Bremen entwickelt.

Ebenso ist derzeit innerhalb der alten Bundesländer eine erhebliche Spannweite hinsichtlich der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen festzustellen. In der erwähnten Befragung von Richard Stöss folgen in der Rangliste rechtsextremer Einstellungen auf den »Spitzenreiter« Mecklenburg-Vorpommern Sachsen und Bremen mit identischen Werten auf Platz 2. Hessen und Baden-Württemberg bleiben nur wenige Prozentpunkte hinter Thüringen zurück.

Es kann also nicht übersehen werden, dass eine schlichte Ost-West-Unterscheidung nur begrenzt hilfreich ist. Die Frage nach den Erfolgsbedingungen rechtsextremer Politik ist deswegen in Hinblick auf Mentalitäten und Milieus differenzierter zu stellen, als dies eine vereinfachende Ost-West-Unterscheidung nahe legt. Für eine Betrachtung, die bedeutsame regionale Unterschiede – sowohl zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern, aber auch innerhalb der westdeutschen und der ostdeutschen Bundesländer – gleichwohl nicht verleugnet, sind meines Erachtens u. a. die folgenden Gesichtspunkte relevant:

- Kann der Rechtsextremismus an regional verankerte nationalistische, antidemokratische und autoritäre Mentalitäten anknüpfen? Wie wurden und werden diese im jeweiligen regionalen Kontext tradiert? Welche Prozesse haben vor Ort gegebenenfalls zu einer Kritik und Überwindung von Nationalismus und Autoritarismus geführt?
- Was sind die jeweiligen Erfolgsbedingungen einer nationalistischen Sozialdemagogie, die Migration und Globalisierung als Ursachen von Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit darstellt und mit nationalistischen Interpretationen der jeweils »eigenen Interessen« verbindet?

Diese Frage verweist einerseits auf die sozialökonomische Situation, insbesondere die Arbeitslosenquote, andererseits aber auf die Gegenkräfte, die im lokalen und regionalen Kontext bezüglich einer nationalistischen Deutung bestehen. Zur Verdeutlichung: Die These der rechtsextremen Agitation, dass »die Ausländer« »uns« die Arbeitsplätze wegnehmen, erscheint in Kreuzberg wenig plausibel, gerade weil dort die Einwanderungsrealität dazu geführt hat, dass die nationalistische Unterscheidung »wir Deutsche«/»die Ausländer« nicht mehr plausibel ist: In Kreuzberg gehören MigrantInnen unterschiedlicher Herkunft weitgehend selbstverständlich zum lokalen »wir« dazu, denn es handelt sich bei ihnen nicht um eine kleine Minderheit, die von der dominanten Mehrheit einheimischer Deutscher ausgegrenzt wird oder werden kann. Es ist so betrachtet wenig

verwunderlich, dass rechtsextreme und nationalistische Orientierungen gerade dort einflussreich sind, wo es wenige Einwanderer gibt und sich das national gefasste »wir« in Abgrenzung zu einem migrantischen »sie« konturiert, das wesentlich in den Ängsten und Projektionen derjenigen existiert, mit denen sich nationalistische »Deutsche« ihre Probleme erklären.

- Welche organisatorische und zivilgesellschaftliche Verankerung haben politische Positionen, die sich gegen eine nationalistische und antidemokratische Umdeutung der Ursachen der strukturellen Transformationskrise des wohlfahrtsstaatlich gezähmten Kapitalismus wenden? Welche Unterstützung erhalten Jugendszenen sowie Einrichtungen der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung, die ein Gegengewicht zur Einflussnahme rechtsextremer Gruppierungen bilden?

Abschließend soll noch kurz auf eine These eingegangen werden, die Christoph Butterwege kürzlich wie folgt formuliert hat: »Wäre die LINKE im Osten nicht so stark, würde die NPD dort wahrscheinlich noch erheblich mehr Stimmen bekommen. Insofern wirkt die LINKE als Barriere für größere NPD-Erfolge.« (<http://www.netz-gegen-nazis.com/artikel/die-linkspartei-ist-eine-barriere-fuer-npd-erfolge>)

Ob diese These zutrifft, ist schwer zu entscheiden. Unterstellt man ihre Gültigkeit, dann wäre darin meines Erachtens eine durchaus hoch ambivalente Botschaft zu sehen. Denn Butterweges These unterstellt ja, dass der Weg vom Wähler der extremen Rechten vom Wähler der Linken nicht allzu weit ist. Dies mag für diejenigen Teilgruppen durchaus zutreffen, deren Wahlverhalten aus einer diffusen Kapitalismus- und



04.05.2005 / Berlin-Mitte

Ein 22-jähriger Kanadischer Tourist wird nach einem Besuch der Ausstellung »Topographie des Terrors« in der Niederkirchnerstraße um 16.30 Uhr von einem 35-jährigen aus Tiergarten beleidigt und angespuckt. Der 22-Jährige verlässt die Ausstellung gemeinsam mit drei Begleitern. Alle vier sind anhand ihrer Kleidung als Juden erkennbar. Als sie mit ihrem Pkw wegfahren wollen, fährt der 35-Jährige auf einem Fahrrad an dem Auto vorbei und spuckt dem 22-Jährigen durch das offene Fenster ins Gesicht. Außerdem sagt er einige Worte, die die Männer im Auto nicht verstehen können. Sie hören jedoch das Wort »Jude«. Der 35-Jährige wird von Zivilpolizisten in der Stresemannstraße gestellt und wegen Beleidigung angezeigt.

Pressedienst der Polizei, 05.05.2005

Globalisierungskritik resultiert, in der sich eigene soziale Ängste artikulieren. Eine solche Sichtweise entspricht auch den Annahmen eines Extremismusmodells, das rechte und linke Positionen jenseits der Mitte gleichermaßen unter den Verdacht stellt, dass es sich um unterschiedliche Ausprägungen antidemokratischer Positionen handelt. Das es sich hierbei um eine hoch problematische Sichtweise handelt, ist m. E. offenkundig. Gleichwohl ist es aber auch historisch und gegenwartsbezogenen nicht zu bestreiten, dass linke Positionen sich durchaus mit nationalistischen, antidemokratischen und auch mit antisemitischen Ideologien vermengen können.

Demgegenüber wäre DIE LINKE meines Erachtens aufgefordert, die qualitative und unüberbrückbare Differenz zwischen einer emanzipatorischen, demokratischen und menschenrechtlichen Grundsätzen verpflichteten Kritik und einer nationalistischen Anrufung der vermeintlich gemeinsamen Interessen »der Deutschen« hinreichend zu verdeutlichen. Dies setzt eine klare Distanzierung von allen Spielarten nationalistischer Appelle an die vermeintlich eigenen, von denen »der Ausländer« unterschiedenen Interessen voraus. Es erfordert auch ein differenziertes Verständnis von Globalisierung, welches verdeutlicht, dass eine geschlossene Nation kulturell, wissenschaftlich, wirtschaftlich usw. durchaus kein wünschenswerter Zustand ist. Für die klare und eindeutige Abgrenzung gegen Rechts ist zudem unverzichtbar, Unzufriedenheit mit dem Zustand der real existierenden Demokratie auf der Grundlage eines klaren eigenen Bekenntnisses zur Demokratie aufzugreifen.

*Albert Scherr ist Soziologieprofessor an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.*

#### Literaturhinweise

Stöss, R. (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin  
Decker, O./Brähler, E. (2006): Vom Rand der Mitte. Berlin

Yves Müller

# Der »Schwarze Block« von nebenan

## Über das Phänomen Autonome Nationalisten

Berlin am 1. Mai 2004: An ihrem »Tag der deutschen Arbeit« sammeln sich Neonazis auf einer NPD-Demonstration erstmals in einem größeren »Schwarzen Block« und suchen die Auseinandersetzung mit der Polizei.

Hamburg am 1. Mai 2008: Mehrere hundert *Autonome Nationalisten* marschieren durch die Hansestadt und attackieren Antifaschist/innen und Journalist/innen. In den folgenden Wochen entdecken die Medien das Phänomen *Autonome Nationalisten* (AN) für sich.

### Pali-Tuch und »Schwarzer Block«

Die Zeiten, in denen Neonazis in Springerstiefeln und Bomberjacke auftauchten, sind längst vorbei. Heute begegnen sie uns in HipHop-Klamotten oder im Stil der Autonomen. Sie tragen Sonnenbrille, schwarzen Kapuzenpulli und Basecap. Auch das »Pallästiner-Tuch«, vormals ein Symbol der Linken, wird in einen völkischen Kontext gesetzt. Ihrem Hass auf den Staat Israel verleihen sie so Ausdruck.

Augenscheinlich wird die bundesweite Relevanz der *Autonomen Nationalisten* auf Aufmärschen der extremen Rechten. So formieren sich immer häufiger geschlossen auftretende »Schwarze Blöcke« mit vermummten Nazis, die ihre Fäuste in die Luft strecken und sich militant geben. Dabei führen sie Transparente mit, auf denen in peppiger Schrift »We will rock you! Autonome Nationalisten« oder »Control your City« steht.

Nach ihrem Selbstverständnis wollen die *Autonomen Nationalisten* in verschiedene Subkulturen hinein wirken: »Für uns ist es

nicht wichtig, welche Kleidung man trägt oder wie lang die Haare sind, was zählt ist der Einsatz für Deutschland.«<sup>1</sup>, so die »Aktionsgruppe Rheinland«, eine Vernetzungsstruktur *Autonomer Nationalisten*. Die AN geben sich als avantgardistische Bewegung mit Mitmach-Faktor. Graffiti sprühen, Demonstrationen besuchen und militante Aktionen werden als kleine Abenteuer verkauft und diese sollen die Attraktivität der Neonaziszene erhöhen. Starre Organisationen mit Mitgliedschaften gibt es nicht. Vielmehr existieren lose Zusammenschlüsse mit einem festen Kern an rechtsextremen Protagonist/innen. Viele Gruppen existieren nur im Internet oder verschwinden so schnell wie sie auftauchten.

### »Wir sind nunmal jetzt da!«<sup>2</sup>

Der Hamburger Neonazi Christian Worch will den Begriff »Autonomer Nationalismus« bereits Mitte der 90er Jahre geprägt haben. Tatsächlich relevant wurden die *Autonomen Nationalisten* erst 2004 als mehrere führende Kader der *Freien Nationalisten*, also des parteiungebundenen Spektrums der extremen Rechten, wie Thomas »Steiner« Wulff oder Thorsten Heise demonstrativ der NPD beitraten. Worch meinte daraufhin, der Begriff »frei« sei verwässert und erklärte so den Aufstieg der AN in den letzten Jahren.

Es gibt aber auch strategische Beweggründe, die die Etablierung der AN begünstigen: So greift staatliche Repression zunehmend ins Leere, da hinter dem Kürzel AN oft keine Personen haftbar gemacht werden können. Organisationsverbote wären völlig sinnlos. Auch stellt das zunehmend aggressive Auf-

treten des »Schwarzen Blocks« eine neue Herausforderung für die Polizei dar. Auf der anderen Seite tarnen sich Rechtsextreme vermehrt und sind so kaum noch von Linken zu unterscheiden. Gerade in urbanen Räumen mit antifaschistischer Präsenz und linker Subkultur wird dies als vorteilhaft angesehen. Hier proben *Autonome Nationalisten* zunehmend die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Im alternativ geprägten Berliner Stadtteil Friedrichshain gingen Neonazigruppen im Frühjahr 2008 dazu über, linke Einrichtungen anzugreifen, nachdem sie zuvor versucht hatten, diese auszusponieren. Eine alternative Kneipe in Dortmund – eine Hochburg der AN – wird regelmäßig von bewaffneten RechtsextremistInnen überfallen.

## Widersprüche in der Ideologie

Eine klare Linie gibt es bei den *Autonomen Nationalisten* nicht. Begreifen sich die einen als »nationale Sozialisten«, nennen sich andere »nationalrevolutionär«. Oft werden beide Strömungen kaum mit Inhalt gefüllt, denn einzig der gemeinsame Kampf für Volksgemeinschaft und Nation zähle. Kritiker/innen innerhalb der rechtsextremen Szene werfen den AN vor, die Sache mit dem »autonom« nicht ganz verstanden zu haben: »Autonom« sei demnach kein Kleidungsstil, sondern ein Selbstverständnis, sich unabhängig von einer Partei wie der NPD zu sammeln. Die ideologische Unbestimmtheit führt denn auch regelmäßig zu Verwirrungen, wenn ein Flugblatt der AN zum Zusammenschluss mit »antiimperialistischen antifaschisten«<sup>3</sup> aufruft oder im Internet eine Gruppierung namens *Nationale Sozialisten für Israel* herum geistert. Derlei »Querfront«-Bestrebungen Einzelner werden aber recht schnell aus den eigenen Reihen aussortiert. Schließlich bleiben auch die AN dem völkischen Gedankengut verbunden.

Dabei besetzen sie auch Themen jenseits von »Volk«, »Rasse« und Nation und engagieren sich beispielsweise in einer *AG Tierrecht* oder in der »Sozialen Frage«, die rassistisch aufgeladen wird.

## »Unsere Fahnen sind schwarz – Unsere Blöcke nicht!«

Die NPD hat es nicht leicht mit dem militanten Mob, gibt sich die neonazistische Partei doch ein bürgerliches Image, um auch in die »Mitte« der Gesellschaft vorzudringen. Die AN, die sich irgendwie aufführen als wollten sie es der SA in der sogenannten »Kampfzeit« der 20er nachmachen, passen einfach nicht ins Bild einer modernen Wahlpartei. Und auch die Verwendung von Anglizismen oder das Andocken an die Pop-Kultur durch die AN ist so gar nicht kompatibel mit dem Antiamerikanismus der NPD. Andererseits treffen die AN den Nerv vieler rechtsextremorientierter Jugendlicher und sind in manchen Regionen eine ernst zunehmende Kraft, mit der man es sich nicht verscherzen sollte. Und so laviert die NPD seit Sommer letzten Jahres an ihrem Verhältnis zum »Schwarzen Block«:

Nachdem es im Juli 2007 auf einem NPD-Aufmarsch in Frankfurt am Main zu Rangeleien zwischen OrdnerInnen der NPD und *Autonomen Nationalisten* kam, distanzierte sich das NPD-Präsidium in der Erklärung »Unsere Fahnen sind schwarz – Unsere Blöcke nicht!« vom »Schwarzen Block«. Die darauf folgende Welle der Solidarität des parteifreien rechtsextremen Spektrums zwang die NPD jedoch nach knapp einem Monat zu einer Relativierung der eigenen Abgrenzung. Natürlich solle kein »Nationalist« von einer NPD-Demonstration ausgeschlossen werden und es gebe auch keine Kleiderordnung, die das Tragen von Kapuzenpullis verbiete. Auf einer Wahlkampfveranstaltung der Partei in Hannover übte sich der Bundesvorsitzende Udo Voigt im Schulterchluss mit den AN, grenzte sich allerdings beim diesjährigen Parteitag Ende Mai in Bamberg ebenso deutlich von diesen ab.

Der Schlingerkurs der NPD gegenüber den AN zeigt zum Einen, dass die Macht der Partei innerhalb der Neonaziszene Grenzen hat. Zum Anderen ist die NPD kein monolithischer Block. So kämpfen verschiedene Flügel um die Vorherrschaft im Vorstand. Letztlich entscheidet sich das Verhältnis der

NPD zu den AN auf Landesebene. Während nämlich die Thüringer NPD-Führung den »Schwarzen Block« von ihren Aufmärschen verbannen möchte, hat der ehemalige Berliner Landesvorsitzende Eckart Bräuniger kein Problem mit den *Autonomen Nationalisten* und betont die gute Zusammenarbeit in der Hauptstadt.

## Nur eine Randerscheinung?

Der Verfassungsschutz spricht von einer »Randerscheinung« im Rechtsextremismus.<sup>4</sup> Doch steigt das Mobilisierungspotential der *Autonomen Nationalisten* merklich. Kein größerer Aufmarsch kommt derzeit ohne »Schwarzen Block« aus. Längst gibt es AN-Gruppierungen in fast allen großen Städten der Republik. Nordrhein-Westfalen und Berlin bilden dabei die Hochburgen.

Die offensive Militanz und die Kopie linker Attitüde durch die AN können für die NPD zum Prüfstein werden. Kann die rechtsextreme Partei die AN einbinden, wird sie zur tragenden Kraft im bundesdeutschen Neonazismus. Gelingt ihr der Spagat nicht, droht auch die »Volksfront« mit den »Freien Kameradschaften« zu bröckeln.

*Yves Müller, Jahrgang 1982, studiert Neuere und Neueste Geschichte, Politikwissenschaft und Gender Studies, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, freier Mitarbeiter des Vereins für Demokratische Kultur e. V. (VDK)*

1 Zit. nach: Brahms, Rainer: Mehr als eine Randerscheinung. *Moderner Style, alte Inhalte*. In: Lotta – antifaschistische zeitung aus nrw. Nr. 31 / Sommer 2008. S. 9

2 Zit. nach Klarmann, Michael: Hitlers Black Blocs. In: KONKRET Nr. 9 / 2007. S. 19

3 Zit. nach: Brahms, Rainer: Mehr als eine Randerscheinung. *Moderner Style, alte Inhalte*. In: Lotta – antifaschistische zeitung aus nrw. Nr. 31 / Sommer 2008. S. 10

4 Siehe: Bundesamt für Verfassungsschutz: »Autonome Nationalisten« Eine militante Randerscheinung. Köln 2007



10.10.2006 / Berlin-Spandau

Ein 37-Jähriger kamerunischer Herkunft wird im Buschower Weg rassistisch beleidigt und mit einer Fahrradkette geschlagen. Der Täter kann aufgrund von Zeugenhinweisen ermittelt und festgenommen werden.

Pressemeldung der Polizei, 12.10.2006  
Berliner Morgenpost, 13.10.2006

## Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus

2. September, 20 Uhr  
Jena, Schillergässchen 1, 07743 Jena  
Diskussion/Vortrag

### »Rechtsrock made in Thüringen«

Mit Jan Raabe (Bielefeld)  
Kontakt: RLS Thüringen,  
Tel. 03641 449432, Fax 03641 426553,  
vorstand@rosa-luxemburg-stiftung-  
thueringen.de

3. September, 7.45 Uhr bis 13.15 Uhr  
Regionalschule Robert Koch,  
Straße der Befreiung 73, 18507 Grimmen  
Schulprojekttag

### »Speakout against fascim«

mit 2 Teamerinnen vom  
Verein Soziale Bildung e.V.  
Kontakt: RLS Mecklenburg-Vorpommern,  
Tel. 0381 4900450, Fax 0381 4900451,  
mv@rosalux.de

5. September bis 7. September  
Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3,  
50670 Köln  
Tagung/Konferenz  
**Antifa-Konferenz**

### »Feel the Difference«

Rechtspopulismus und antimuslimischer  
Rassismus in Deutschland und Europa.  
Mit Bernard Schmid, Jörg Kronauer,  
Karin Priester, Freerk Huisken, Birgit Rom-  
melspacher, Gruppe Soziale Kämpfe,  
Karl-Heinz Lewed u. a.  
Kontakt: RLS-Regionalbüro Nordrhein-  
Westfalen, Tel. 0203 3177392,  
barenberg@rosalux.de

11. September, 19.30 Uhr  
Infoladen, St.-Pauli-Str. 10/12,  
28203 Bremen  
Seminar

### Völkischer Antikapitalismus Globalisierungskritik und Antikapitalismus von Neonazis

Kontakt: RLS-Regionalbüro Bremen,  
Tel. 0421 3909620, huettner@rosalux.de

5. Oktober, 10 Uhr  
Volkssolidarität, Fürstenwalder Str. 24,  
15234 Frankfurt/Oder  
Diskussion/Vortrag  
**NPD-Verbot jetzt**

Mit Gerhard Hoffmann, BdA-VVN  
Frankfurt/Oder  
Kontakt: RLS Brandenburg, Tel.  
0331 8170432, Fax 0331 8170433,  
luxembbg@t-online.de

13. Oktober, 20 Uhr  
cine-k (Kinosaal in der Kulturetage),  
Bahnhofstr. 11, 26122 Oldenburg  
Diskussion/Vortrag

### Todeskitsch & Nazihorror – National- sozialismus in Film und Popkultur

Mit Benjamin Moldenhauer  
Kontakt: RLS Niedersachsen,  
Tel. 0511 2790934, Fax 0511 2790948,  
kontakt@rls-nds.de

19. November bis 21. November  
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9,  
10437 Berlin  
Tagung/Konferenz

### Kapitalismuskritik als Erfolgsmodell der extremen Rechten?

Kontakt: Helle Panke,  
Tel. 030 47538724, Fax 030 47538775,  
info@helle-panke.de

Andreas Thomsen

# Tief im Süden

*Der Kurt-Eisner-Verein: Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern*

RLS-Regionalbüro Bayern  
Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e.V.  
Westendstraße 19  
80339 München.  
Tel. 089 51996353  
kev@kurt-eisner-verein.de

Regionalmitarbeiter:  
Andreas Thomsen  
Mobil 0173/6096104  
thomsen@rosalux.de

Bürozeiten:  
Mittwoch und Freitag  
11 bis 16 Uhr

Der Freistaat Bayern umfasst eine Fläche von über 70.000 km<sup>2</sup> und kommt in seiner Ausdehnung den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg zusammengenommen gleich. Seine EinwohnerInnenzahl übersteigt die der Länder Hessen, Thüringen und Sachsen leicht. Zwischen den Hassbergen in Unterfranken und der Zugspitze, zwischen Neu-Ulm im Westen und Passau im Osten des Landes leben über 12,5 Millionen Menschen, die seit 51 Jahren ohne Unterbrechung von der Christlich-Sozialen-Union in Bayern (CSU) regiert werden, seit 1962 in Alleinregierung dieser Partei. Soviel nur zur oberflächlichen Landeskunde, die zugleich einen Teil des Problems skizziert, im Rahmen unserer Möglichkeiten sozialistisch orientierte politische Bildung in Bayern zu organisieren.

Der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern wurde im Jahre 2000 maßgeblich durch den, von der SPD zur PDS übergetretenen Bundestagsabgeordneten Uwe Hixsch mit Sitz in Coburg in Oberfranken gegründet. Erst seit 2003 hat der Verein seinen Sitz in der Landeshauptstadt München.

**»Die Revolution ist nicht die Demokratie. Sie schafft erst die Demokratie.«**

Kurt Eisner

Kurt Eisner war 1918 als unabhängiger Sozialdemokrat erster Ministerpräsident des Freistaates Bayern geworden. Am 21.2.1919 wurde er von Anton Graf Arco auf Valley, einem Anhänger der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft in München ermordet. Die Person Kurt Eisners bot sich zur Namensgebung des Vereins insbesondere an, um unsere Anliegen zu illustrieren und natürlich, um an Eisner selbst und an die Ursprünge des Freistaates zu erinnern. Eisner, linker Sozialdemokrat, demokratischer Sozialist, Kriegsgegner und Pazifist, orientiert auf die Zusammenarbeit der verschiedensten linken Kräfte ist wichtigster Repräsentant dieser kurzen sozialistischen Epoche Bayerns.

Um die Zugehörigkeit zum Stiftungsverbund der RLS darzustellen, zugleich aber den eigenen Namen nicht aufzugeben, firmiert der Verein seit 2007 als Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern.

Ebenso wie im restlichen Bundesgebiet hat sich das politische Umfeld in Bayern seit dem Jahr 2005, der vorgezogenen Bundestagswahl und dem beginnenden Parteibildungsprozess ganz gehörig verändert. Einer der Gründungsstränge der WASG führt direkt in den Freistaat und in einem Land, das zuletzt stets zu den Entwicklungsländern linker Politik in Deutschland gehörte, entstand ein starker und selbstbewusster Landesverband der neuen Partei DIE LINKE. Mit diesen Veränderungen im politischen Umfeld sind auch die Anforderungen an sozialistische Bildungsarbeit in Bayern enorm gewachsen und nicht immer ist es leicht, diesen Erwartungen zu entsprechen. Die ersten Jahre der Arbeit des Vereins waren rein auf ehrenamtliches Engagement gegründet, seit 2007 wird die Arbeit des Vereins und der Stiftung in Bayern durch eine halbe Stelle im Regionalbüro Bayern unterstützt und im September 2007 wurde das Büro mit Tagungs- und Seminarraum in München eröffnet.

Der Kurt-Eisner-Verein befasst sich in seiner Bildungstätigkeit mit einer breiten Themenpalette, immer wieder spielt darin auch die Auseinandersetzung mit dem schwarzen Riesen in Bayern, der CSU, ihrer spezifischen politischen Rolle in Bayern und in Deutschland und auch mit ihrer der »Sonderaußenpolitik« zum Beispiel gegenüber den tschechischen Nachbarn eine Rolle. Spätestens seit 1954 der Freistaat die »Patenschaft« für die sudetendeutsche Landsmannschaft – in Bayern werden die Sudetendeutschen gern als »fünfter Stamm« bezeichnet – übernommen hat, herrscht ein aggressiver und nicht selten revanchistischer Ton in der bayerischen Staatspolitik gegenüber den Nachbarn im Osten vor. Die Verknüpfungen zwischen der Landsmannschaft und der CSU sind eng. Der Kurt-Eisner-Verein und die RLS haben – auch in Kooperation mit unserem Partner SPED (Gesellschaft für europäischen Dialog) aus Tschechien – bereits ei-

ne Tagung in München und eine in Tschechien organisiert, für Herbst 2008 ist eine Wochenendtagung in München anlässlich des siebzigsten Jahrestages des Münchener Abkommens geplant. Neben der Analyse des modernen Konservatismus auch am Beispiel der CSU, und geschichtspolitischen Themen wie z. B. der kritischen Begleitung der alljährlichen Pfingsttreffen des Kameradenkreises der Gebirgsjägertruppen in Mittenwald spielen natürlich auch soziale und aktuell friedenspolitische Themen eine große Rolle.

**kev Kurt-Eisner-Verein**  
Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern

Seit 2007 sind verstärkt kommunalpolitische Themen zu den Bildungsveranstaltungen der Stiftung in Bayern hinzugekommen. Nach einer Veranstaltungsreihe zum Thema »Privatisierungen und Kommunen« im Jahr 2007 finden 2008 insgesamt sechs kommunalpolitische Seminare in Zusammenarbeit mit der Kommunalakademie der RLS statt. Nach Einstiegsseminaren in die Kommunalpolitik gibt es Seminarangebote zu kommunalen Haushalten, zu Handlungsspielräumen der Kommunen im Bereich des Sozialwesens und der Arbeitsmarktverwaltung und zu Konzepten und Beispielen von Partizipation und Bürgerbeteiligung in Kommunen. Eine Ausweitung dieser Angebote wird für 2009 angestrebt und in den nächsten Wochen werden wir gemeinsam mit der Kommunalakademie unsere Teilnehmer/innen und weitere Interessierte nach ihren Interessen in diesem Bereich befragen, um die Planungen für das nächste Jahr daran auszurichten

Eine flächendeckende Bildungsarbeit ist aufgrund der Größe des Landes mit den Mitteln, die Verein und Stiftung in Bayern zur Verfügung stehen, jedoch nicht ohne weiteres zu lösen. Dennoch gelang es in den letzten Jahren, in den Zentren des Landes mit Veranstaltungen präsent zu sein: Neben München so zum Beispiel in Nürnberg,

Ingolstadt, Würzburg, Schweinfurt, Regensburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth. Unterstützt wird diese Arbeit nun durch zwei regionale Strukturen, den Rosa-Luxemburg-Club SWAB (Schweinfurt, Würzburg, Aschaffenburg, Bamberg) und das Kurt-Eisner-Forum in der Region Ingolstadt. Auch mit Hilfe dieser Strukturen gelang es, hinsichtlich der Aktivitäten der Stiftung in Bayern eine (im Freistaat immer besonders wichtige) annähernd angemessene regionale Verteilung unserer Angebote zu ermöglichen.

Im Jahr 2007 konnte der Verein in insgesamt 39 Präsenzveranstaltungen über 1900 Teilnehmer/innen an 22 bayerischen Orten erreichen. 2008 werden es voraussichtlich bereits über 50 Veranstaltungen werden. Diese Zahlen illustrieren auch die rasche Ausweitung der Bildungsarbeit des Vereins in der jüngsten Zeit. Noch 2006 waren dies 22 Veranstaltungen mit etwas über 1000 Teilnehmer/innen.

Ende September 2008 wird der bayerische Landtag gewählt. Es könnte dies die spannendste Wahl in Bayern seit einigen Jahrzehnten werden. Die CSU muss um ihre absolute Mehrheit fürchten und zwei politische Kräfte machen sich begründete Hoffnungen, erstmals in das Maximilianeum in München einzuziehen zu dürfen: Die Freien Wähler und die Partei DIE LINKE. Ein Einzug der LINKEN in den bayerischen Landtag könnte in der erstarrten politischen Szenerie des Landes viel verändern und würde natürlich auch die Stiftung vor neue, große Herausforderungen stellen. Das aber sind dann Probleme, vor die man sich gerne gestellt sieht. Auch in Bayern.

*Andreas Thomsen, Sozialwissenschaftler, ist Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern.*





Büroleiter Holger Politt mit dem Direktor des Museums in Treblinka

Holger Politt

## Zu Gast in Rosas Heimat

*Fünf Jahre politische Bildung im Zeichen der EU-Integration*

Als das Büro in Warschau im Mai 2003 offiziell seine Arbeit aufnahm, stand dem Land eine wichtige Volksabstimmung ins Haus. Es ging um den für 2004 vorgesehenen EU-Beitritt, der in Polen häufig und emphatisch als eine Rückkehr des Landes nach Europa ins Bild gesetzt wurde. Obwohl wichtige Teile der Gesellschaft, etwa die Großstädte oder überhaupt die jüngeren Menschen, klar für den Beitritt optierten, war die Entscheidung offen. Denn Volksabstimmungen sind in Polen nur gültig, wenn mindestens 50% aller Wahlberechtigten daran teilnehmen. In einem Lande, in dem in der Tendenz die Wahlbeteiligung etwa bei Parlamentswahlen deutlich unter 50% liegt, wurde ein Scheitern deshalb nicht ausgeschlossen.

Und tatsächlich wurde die hohe verfassungsmäßige Hürde an zwei Abstimmungstagen

nur denkbar knapp überwunden, auch wenn unter dem Strich die erwartete hohe Zustimmung zum Beitritt stehen blieb. Zusammen gerechnet hatten aber jene, die sich der Abstimmung verweigerten oder aber mit Nein stimmten, zumindest zahlenmäßig ein Übergewicht. Es schien nur eine Frage der Zeit, bis dieses Potential in zählbare politische Stimmen umgewandelt werden sollte.

Im Herbst 2005 machten zwei rechte Gruppierungen – die einen vor allem wirtschaftsliberal, die anderen mehr nationalkonservativ – unter sich aus, wer die Geschicke des Landes in den kommenden Jahren wesentlich bestimmen sollte. Bei den Parlaments- und bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich jeweils jene Option knapp durch, die mit der Metapher eines »solidarischen Polens« für einen deutlichen Schlussstrich unter die

Zeit von 1989/90 bis 2005 plädierte, die herausfordernd dem »liberalen Polen« zuge schlagen wurde. Damit wurde zugleich die Distanz betont, die das »richtige Polen« zum liberalen Modell einer EU-Integration haben müsse. Außerhalb Polens wurde diese politische Option schnell personifiziert mit den Namen der Kaczyński-Brüder.

### »Mehr Europa«

Die Abwahl der Kaczyński-Regierung im Herbst 2007 kann auch als Votum für die Fortsetzung der EU-Integration gewertet werden. Doch sollte nicht übersehen werden, dass es dem Kaczyński-Lager gelang, die eigenen Stimmen gegenüber 2005 deutlich zu erhöhen. Ein Indikator dafür, wie stark in dem weithin katholisch geprägten Land jene



Positionen sind, die den Prozess der EU-Integration vor allem als schleichende Untergrabung der eigenen »nationalen Identität« ansehen. Insofern sollten aktuelle Umfragen, nach denen weit über 80% der Befragten für Polen keine Alternative zur EU-Integration sehen, entsprechend gewichtet werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellte sich in ihrer Arbeit in Polen von Anfang und unmissverständlich an die Seite jener, die im Zuge des Beitritts zu den europäischen Strukturen für eine Stärkung freiheitlich-emanzipatorischer Aspekte in der eigenen Gesellschaft eintreten, die für mehr soziale Gerechtigkeit streiten und in Erfahrung gerade der deutsch-polnischen Beziehungen des letzten Jahrhunderts in einer demokratisch verfassten Europäischen Union, in der Sozialstaatsprinzipien und friedliche Ausrichtung oberste Ziele sind, den besten Garanten für das gedeihliche Zusammenleben der europäischen Länder sehen. Wie weit wir alle von diesem Ziel noch entfernt sind, braucht mit Blick auf aktuelle EU-Diskussionen nicht gesondert betont werden.

Zum Abschluss des »Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle« wurde im Dezember 2007 im polnischen Parlament eine Veranstaltung durchgeführt, bei der die Demokratische Frauenunion Polens (DUK) eine kritische Bestandsaufnahme vor allem in Hinsicht der Teilhabe von Frauen am demokratischen Prozess vorlegte. Der Frauenanteil im Parlament liegt bei unter 20%, auf anderen Ebenen sieht es auch nicht viel besser aus. So ist in der Bergbau- und Industrieregion Śląsk, die in ihrem Ausmaß vielleicht am besten mit dem Ruhrgebiet verglichen werden könnte, eine Frau nur in einer einzigen Kommune Stadtpräsidentin. Eine andere Frage, die an der Weichsel seit Jahren die politischen Gemüter bewegt, ist die rechtliche Gleichstellung der Lesben und Schwulen. Als es im späten Herbst 2005 in Poznań am Rande einer Demonstration für mehr Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten zu tätlichen Auseinandersetzungen kam, an denen auch Polizeikräfte beteiligt waren, initiierte die Kampagne gegen Homophobie (KPH) einen Runden Tisch, an dem Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, der Polizei und Rechtsexperten nach Wegen suchten, um derartige Vorfälle künftig zu vermeiden. Die Bergarbeitergewerkschaft ZZG, die zur OPZZ gehört, befasst sich seit Jahren mit den Konsequenzen der EU-Energie- und -Klimapolitik für den Steinkohlebergbau, der auf absehbare Zeit mit über 100.000 Beschäftigten einer der größeren Arbeitgeber Polens bleiben wird.

## Im Namen Rosa Luxemburgs

Keine Frage, dass eine Organisation mit dem Namen Rosa Luxemburgs in ihrem Heimatland besonders gefordert ist. Wenn heute an sie erinnert wird, dann meistens im Zusammenhang mit ihrer ablehnenden Haltung in der Frage eines staatlich unabhängigen Polens, welches sie aus historischen und wirtschaftlichen Gründen seinerseits für wenig wahrscheinlich hielt. Ganz am Anfang unserer Tätigkeit in Polen wurden wir aus beruflichem Munde gefragt, was wir denn mit Rosa Luxemburg in Polen wollten? Der Fragesteller, Sohn eines durch Stalin ermordeten polnischen Kommunisten, der als junger Offizier der Polnischen Volksarmee 1945 als Befreier in Berlin einrückte, wünschte uns alles Gute, auch wenn er seine Skepsis nicht recht verbergen mochte. Mittlerweile ist besser einzuschätzen, ob politisch sich verstehendes Engagement im Namen einer der größten Frauenpersönlichkeiten Polens hier guten Sinn macht. Die Antwort fällt überaus positiv aus, und so ist es gelungen, durch die vor allem auf Alltagsprobleme der Gesellschaft ausgerichtete Arbeit in Polen den Namen unserer Patronin hierzulande wieder ein gutes Stück vertrauter werden zu lassen.

*Dr. Holger Politt ist Leiter des RLS-Büros Mittel- und Osteuropa in Warschau.*

### Büro Warschau

Fundacja im. Róży Luksemburg  
Przedstawicielstwo w Polsce  
ul. Poznańska 16/3  
00-680 Warszawa  
Tel.: +48-22-5023550  
Fax: +48-22-5023555  
info@rls.pl

### Büroleitung

Dr. Holger Politt  
Jahrgang 1958, Studium der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1994 Promotion mit einem Thema zur Geschichte des polnischen Denkens, Mitglied im Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, seit 2002 Leiter des Regionalbüros Warschau der RLS, zahlreiche Publikationen zur Geschichte und aktuellen gesellschaftlich-politischen Situation Polens

### Projektleitung

Dr. Joanna Gwiazdecka

### Finanzen

Agnieszka Sawa

### Büro

Krzysztof Kurlowicz  
Michał Krauze



Bei Gewerkschaftern in der Steinkohle

Markus Euskirchen, Ann-Katrin Lebuhn, Sabine Nuss

# Wie grün kann Kapitalismus sein?

*Ein Workshop im Solarzentrum Wietow beschäftigte sich mit dem ökologischen Umbau der Marktwirtschaft*

»...und das dort drüben ist unser Oloid!« Der Ingenieurwissenschaftler Ditmar Schmidt schaut in Richtung einer der beiden Seen, die direkt hinter dem Solar-Zentrum liegen. Im Wasser schwimmt ein kleines Gerät und versetzt die Oberfläche von Zeit zu Zeit in wellenförmige Bewegungen. »Der Roboter wird mit Solarkraft betrieben. Durch die Schwingungen wird dem Wasser Sauerstoff zugeführt, so dass der See sich auch bei großer Hitze wohl fühlt.« Das drahtige Genie erklärt unserer Seminargruppe bei der Führung durch die Tagungsstätte jedes technische Detail des ehemaligen Gutshauses, das er in langjähriger Arbeit ein autarkes und vollständig mit Sonnenenergie betriebenes Konferenz- und Tagungszentrum ausgebaut hat. Gemeinsam mit seiner Frau betreibt Schmidt die Einrichtung für den gemeinnützigen Verein »Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern«, der Klimaschutz mit der Schaffung innovativer Arbeitsplätze verbinden will.

Das Solarzentrum ist jedoch die einzige Einrichtung, die in Wietow ausgebaut wird, das Dorf selbst ist vom Aussterben bedroht.



Beim Rundgang im Solarzentrum

Immer mehr Menschen verlassen die strukturschwache Region und versuchen, sich anderswo eine Existenzgrundlage zu schaffen. »Wenn du die Jugendlichen hier fragst, was sie einmal werden wollen, sagen sie als Berufswunsch ›Ich werd' Hartz IV‹, die sehen keine Perspektive mehr« sagt Ditmar Schmidt.

Die Wende führte hier zu einem kompletten Umbau der Landwirtschaft und die zuvor kommunalen Versorgungsleistungen wurden privatisiert, was einen drastischen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge hatte. Indem die Energie- und Wasserversorgung an die überregionalen Energiekonzerne abgetreten wurde, flossen die Einnahmen daraus nicht mehr an die Gemeinden, die diese bisher in Infrastruktur investiert hatten. Viele kommunale Bauprojekte konnten nicht mehr durchgeführt werden, weitere Arbeitsplätze verschwanden. Die hohe Arbeitslosigkeit in der Region ist der wichtigste Grund, warum Einwohnerinnen und Einwohner sich immer häufiger zur Abwanderung entschließen. Mit seinen regionalen Projekten im Bereich der solaren Energietechnik möchte Schmidts Verein die Wietower wieder an der eigenen Energieversorgung beteiligen und zugleich Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Geschichte des Tagungsorts illustriert, wie stark das Thema Ökologie mit Sozial- und Wirtschaftspolitik – anders gesagt: mit der Organisation der Produktionsverhältnisse – zusammenhängt. Unter dem Titel »Leitbild Grüne Marktwirtschaft« ging unser Seminar der Frage nach, wie der moderne Kapitalismus sich derzeit ökologisch modernisiert, wo die Grenzen dieser Modernisierung liegen und unter zu welchen und auf wessen Kosten dies geschieht.

Eine wesentliche Tendenz der aktuellen ökologischen Modernisierung ist die Ökonomisierung von Natur, kurz: das Messen der »Dienstleistungen der Natur« in Geld. Der Berliner Wirtschaftsjournalist Stephan Kaufmann zitierte beispielhaft das Magazin Der Spiegel, der in einem Artikel (»Marktplatz der Natur«, Ausgabe 21/2008) vorrechnet, dass der Wert des weltweiten Fischbestandes bei 58 Mrd. Dollar liegt, da Fischer die Eiweißversorgung für ein Sechstel der Menschheit sichern. Bestimmte Pflanzen hätten als Rohstoff für Naturheilmittel einen Marktwert – zum Beispiel der »Rote Fingerhut« etwa 43 Mrd. Dollar. Ähnliche Berechnungen gibt es im Bezug auf das Klima, hier allerdings wird der Schaden berechnet, der durch Unterlassung verursacht wird. Die Ökonomisierung der Natur wird dabei als eine Strategie nachhaltiger Entwicklung präsentiert, nach dem Motto: Nur wenn man der Gesellschaft vorführt, wie teuer die Umweltzerstörung ist, lässt sie sich für Umweltschutz mobilisieren.

Die Gründe für die Renaissance des Themas Ökologie und Umweltzerstörung sind vielfältig. Mit dem Niedergang des Realsozialismus und des Blockgefüges um 1989 sind weltweit neue Konkurrenz- und Verteilungskämpfe ausgebrochen. Mit dem Aufstieg der »G5« (China, Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika) und anderer »Schwellenländer« ist auch der globale Ressourcenbedarf unaufhaltsam gestiegen, mit allen bereits aus den Industrieländern bekannten destruktiven Folgen für Mensch und Natur. Gerade Länder, die ihren Entwicklungsstand nur unter Bedingungen von Umweltzerstörung und Ressourcenaufzehrung erreicht haben, singen jetzt das Hohelied der klimafreundlichen Technologien.

Ein besonderes Experimentierfeld entsteht im Solarzentrum Wietow: Bei Fertigstellung werden BesucherInnen unter dem riesigen Zeltdach voneinander getrennte klimatische Zonen – von der schneebedeckten Taiga bis zum tropischen Regenwald – vorfinden.

Sie tun das nicht ganz uneigennützig: Umwelttechnologien bringen gute Profite für die Konzerne, die sich in einem neuen Wirtschaftszweig spezialisieren können. Vor allem die Bundesregierung verspricht sich von den weltweiten Klimaschutzbemühungen große Gewinne für die hiesige Wirtschaft, schließlich ist Deutschland mit einem Marktanteil von 30 Prozent Weltmarktführer bei den erneuerbaren Energien. Fast jedes zweite Windrad und jede vierte Solarzelle weltweit stammt aus deutscher Produktion. Die mittelfristige Einschätzung lautet: Deutsche Unternehmen dürften überproportional vom Wachstum in diesem Bereich profitieren, da sie in allen Segmenten des Marktes stark vertreten sind. Das Geschäft mit dem Klimawandel lockt inzwischen auch große Konzerne, vor allem die Energie-Riesen. So haben RWE (RWE Innogy), Eon (Eon Climate & Renewables) oder BP (BP Alternative Energy) eigene Töchter für dieses Geschäftsfeld gegründet und investieren hier jährlich Milliarden Euro. Wie sehr sich dieses Geschäft lohnt, zeigt die Entwicklung der Börsenkurse: Während der Dax in den vergangenen drei Jahren um »nur« 54% zugelegt hat, verdoppelte sich der Wert des Spezialindex ÖkoDax.

Zur selben Zeit wächst die Kluft zwischen dem reichen Norden und den Ländern des

Südens. Schon heute betreffen die Folgeschäden von Umweltzerstörung und Klimawandel – Hungersnöte, Überschwemmungen, zuletzt der Tsunami in Südostasien – in erster Linie die Ärmsten der Armen. Ihre Lehmhäuser und Wellblechhütten werden von den Fluten weggespült, Aussicht auf Unterstützung gibt es kaum. Die im globalen Vergleich superreichen Mittel- und Oberschichten in den Niederlanden können mit dem Bau schwimmender Einfamilienhäuser auf den Anstieg des Meeresspiegels reagieren, bevor er sie erreicht. Auch das schlechte Gewissen lässt sich marktgerecht beruhigen: Der Öko-Ablass für den Urlaubsflug besteht in einem kleinen Aufpreis, der sich nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Fliegers errechnet und einfach an ein entsprechendes Umweltprojekt nach Nepal gespendet wird. Auch CO<sub>2</sub>-neutrales Autofahren soll auf diese Weise möglich sein.

Generell funktioniert die Umweltbranche derzeit nach den gleichen Regeln wie alle anderen Bereiche kapitalistischer Ökonomie: Konkurrenz, Privatisierung, Neoliberalismus, Selbstverantwortung, Privateigentum, Ausbeutung fremder Arbeit und natürlicher Ressourcen. Die neoliberale Ideologie der ökologischen Konsumentensouveränität und der nachhaltigen Anreizökonomie entpuppt sich

als die Vision vom »Marktplatz der Natur«. Die Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Kapitalismus aber ändert nichts am krisenhaften Fortdauern genau der Produktionsweise, die menschliche Arbeitskraft und Natur allein als Mittel zur Maximierung von Profit anwendet.

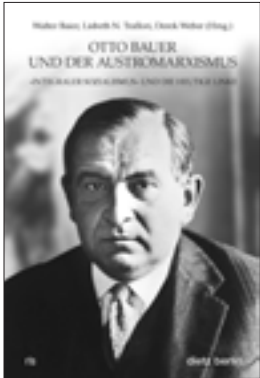
Für die Teilnehmer/innen des Workshops ist es längst nicht ausgemacht, ob es dem Gegenwartskapitalismus unter diesen Bedingungen wirklich gelingt, sich ökologisch zu modernisieren. Umso wichtiger wird das Politikfeld Ökologie als Möglichkeitsraum linker Intervention eingeschätzt. Besonders auf dem Feld der Klimapolitik kann der globale politische Widerstand ausgeweitet und stärker vernetzt werden. Hier stellt sich auch die Frage eines linken Verständnisses von »Solidarität« insbesondere mit dem globalen Süden neu. Die Analyse der ökologischen Modernisierung steht noch ganz am Anfang und auf dem Feld der praktischen Klimapolitik gibt es für Linke (noch) viel zu tun.

*Markus Euskirchen ist Online-Redakteur von [www.wem-gehoert-die-welt.de](http://www.wem-gehoert-die-welt.de). Ann-Katrin Lebuhn und Dr. Sabine Nuss sind Mitarbeiterinnen des Bereichs Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*

Walter Baier, Lisbeth N. Trallori, Derek Weber (Hrsg.)

# Otto Bauer und der Austromarxismus

»Integraler Sozialismus« und die heutige Linke



Walter Baier, Lisbeth N. Trallori,  
Derek Weber (Hrsg.)  
**Otto Bauer  
und der Austromarxismus**  
**»Integraler Sozialismus« und  
die heutige Linke**  
Schriften 16 der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
304 Seiten, Hardcover  
19,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02134-4

Der vorliegende Band fasst Beiträge eines Symposiums zusammen, das aus Anlass des 70. Jahrestags des Erscheinens von Otto Bauers letztem zu Lebzeiten publizierten größeren Werk, »Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus« in Wien abgehaltenen wurde. Es war nicht die noch immer mächtige österreichische Sozialdemokratie, die ihrem bedeutendsten Politiker der Zwischenkriegszeit diese Reverenz erwies, sondern die Partei der Europäischen Linken, das internationale Bildungsnetzwerk »transform!europe« und die Kommunistische Partei Österreichs.

Otto Bauer hatte das Buch »Zwischen zwei Weltkriegen?« nach der historischen Niederlage von 1934 im Exil verfasst und den in der Illegalität kämpfenden Revolutionären Sozialisten gewidmet. Er legte darin die Konzeption eines »integralen Sozialismus« dar, der die durch ihre Niederlagen in Deutschland und Österreich, wie er hoffte, geläuterten gegensätzlichen Strömungen der sozialistischen Bewegung vereinigen sollte. Damit war eine Frage aufgeworfen, die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts keine adäquate Antwort gefunden hat, die aber heute wieder, unter anderem durch den Integrationsprozess der beiden deutschen Linksparteien zu einer neuen gemeinsamen Partei der LINKEN, im europäischen Maßstab auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Während der Fertigstellung haben uns die sehr durchwachsenen Wahlergebnisse linker Parteien in Europa (den Erfolgen in Deutschland, Griechenland und Skandinavien standen Niederlagen in Frankreich, Spanien und Italien gegenüber) das theoretische Problem hinter dem integralen Sozialismus erneut in Erinnerung gerufen: die Beziehung zwischen reformerischer Gestaltung und revolutionärer Umgestaltung kapitalistischer Gesellschaften. Zwar hat auch die radikale Linke, die sich die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel setzt, von Antonio Gramsci gelernt, dass ein Erfolg in industrialisierten Ländern mit parlamentarischer Tradition nicht im Handstreich und der Methodik des

»Bewegungskrieges« erzielt werden kann, sondern nur auf dem Weg des langwierigen »Stellungskrieges«.

Allerdings muss man zugeben, dass es bis heute kein Beispiel der geglückten Anwendung dieser Strategie der Transformation gibt. Vorausgesetzt, dass die in Programmen erhobenen Ansprüche grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltung ernst genommen würden, wäre aber gerade das das Hauptproblem. Darüber geben das Scheitern des Austromarxismus ebenso Auskunft wie Otto Bauers späte Versuche, aus ihm theoretische und politische Konsequenzen abzuleiten.

Warum aber gerade der Austromarxismus und warum Österreich? Karl Kraus bezeichnete das alte Österreich als Versuchslabor des Weltuntergangs. Das gilt auch für die politische Bewegung der Arbeiterklasse in der Ersten Republik. Nicht nur, dass ihre führende Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die aus ihren Erfahrungen im untergegangenen k. und k.-Staat und, teilweise zumindest, aus der Vielfalt seiner Kulturen schöpfte, in den beiden Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen eine Sequenz sich rasch ändernder politischer Lagen zu durchdenken hatte, von der Rätebewegung, der Republikgründung, über die Koalitionsregierung und die bis zum reaktionärem Staatsstreich eskalierende bürgerliche Gegenoffensive; dazu kam noch die herausgehobene Stellung des Roten Wiens, in dem die sozialdemokratische Stadtverwaltung, in isolierter Lage ihren sozial- und kulturpolitischen Gegenentwurf zur kapitalistischen Umwelt verwirklichen wollte.

Es war eines unserer Ziele, im auch für Österreich multiplen Gedenkjahr 2008 (90 Jahre Gründung der Republik und der Kommunistischen Partei, 70. Jahrestag der Annexion des Landes durch Nazi-Deutschland, 40. Jahrestag des für die gesamte Linke in seinen Folgeerscheinungen traumatischen Jahres 1968) ein österreichisches, in diesem Sinne »austromarxistisches« Buch vorzulegen und die Qualität des weithin unterschätzten linken Diskurses in Österreichs zu dokumentieren.

Hermann Weber, Andreas Herbst

# Deutsche Kommunisten

*Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*  
Überarbeitete und stark erweiterte Auflage

Das Biographische Handbuch »Deutsche Kommunisten« wurde nach seinem Erscheinen 2004 von der Öffentlichkeit aufmerksam und positiv aufgenommen. In Rezensionen hieß es, der ersten Auflage würden »sicher noch weitere folgen«. Da der Band vergriffen ist, kann – für Verlag und Autoren erfreulich – nunmehr eine zweite, überarbeitete und stark erweiterte Neuausgabe des Handbuchs vorgelegt werden. Damit waren Lücken zu schließen und einige Fehler in biographischen Angaben (für Hinweise ist Lesern sehr zu danken) zu berichtigen. Insbesondere konnten Lebensläufe erweitert und über 200 neue Abbildungen veröffentlicht werden. Schließlich waren Biographien von den Mitgliedern des Führungskorps des deutschen Kommunismus zu erstellen, zu denen erst jetzt das dafür erforderliche Material erreichbar war. Den bisherigen 1.400 Biographien in der Erstauflage sind nun zusätzlich 275 Personen-Skizzen hinzugefügt worden. Neu sind Akteure drei weiterer Gruppen.

Dazu gehören erstens Leiter und mittlere Funktionäre des streng geheimen Militär-Apparates der Partei, getarnt als Antimilitaristischer Apparat der KPD, der AM-Mitarbeiter (auch der Passfälscherzentrale, Komintern-Dienste und Schüler der Moskauer M-Schule), die bisher nur in Ausnahmefällen (Hans Kippenberger, Erwin Ries, Leo Roth u. a.) zu finden waren. Dank der Öffnung wichtiger Archive, Listen der Moskauer M-Schule usw. war es möglich, nicht weniger als 77 Mitarbeiter des illegalen AM-Apparats nun zusätzlich vorzustellen. Gerade diese Personen, die den irgendwann geplanten kommunistischen Aufstand in Deutschland vorbereiten und leiten sollten, erlitten nach 1933 ein schweres Schicksal. Wurden sie von den Nazis festgenommen und weigerten sich »überzulaufen«, ihre Tätigkeit und ihre Genossen zu verraten (was offenbar neun taten), blieben sie in Haft oder wurden umgebracht. Doch als geschulte Illegale waren sie auch bei der pathologischen Furcht der Stalin-Führung vor »Agenten und Saboteuren« geradezu prädestiniert, in die Mühlen der Säuberungen zu geraten. Tatsächlich fielen von den jetzt neu vorgestellten M-Apparat-Leuten sechs dem

Hitler-Terror und 17 dem Stalin-Terror zum Opfer, drei verübten Selbstmord, andere sind verschollen. 1945 lebten noch 42, davon gehörten 28 der SED oder KPD an, elf blieben unorganisiert im Westen.

Eine zweite Gruppierung ist aus eher regionalen Gründen neu aufgenommen worden. Bisher war von den Berliner Stadtverordneten nur eine kleine Gruppe einbezogen. Nun wurden auch jene Stadtverordneten hinzugefügt, die zur BL Berlin-Brandenburg zählten, sie hatten mehr politisches Gewicht als etwa die Bremer Abgeordneten. Deshalb enthält die Neuausgabe die Biographien von weiteren 29 Berliner Stadtverordneten.

Schließlich ist das Handbuch schon durch seinen Titel »Deutsche Kommunisten« nicht auf die KPD zu beschränken. Dazu gehörten ebenso die leitenden Personen der Abspaltungen von dieser Partei, etwa 1920 die linksradikale Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), 1921 die rechte Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), 1928 der linke Leninbund, 1929 die rechte Kommunistische Partei-Opposition (KPO) und 1930 die trotzkistische Linke Opposition, um die wichtigsten Gruppen zu nennen. Sie verstanden sich ebenso als »deutsche Kommunisten« wie weitere Rebellen, etwa Versöhnlern, die Chemnitzer Linke, die Berliner Gruppe der 60 oder die Merker-Gruppe, um einige zu erwähnen. Bereits die Erstauflage enthält die führenden »Abweichler«, die schon zuvor in der Partei eine überragende Rolle gespielt hatten und danach in den kleinen kommunistischen Gruppen außerhalb der KPD ebenfalls Leitungsfunktionen innehatten (bei der KAPD Otto Rühle oder Heinrich Laufenberg, bei der KAG Paul Levi oder Adolph Hoffmann, beim Leninbund Hugo Urbahns oder Werner Scholem und bei der KPO Heinrich Brandler, August Thalheimer oder Jacob Walcher usw.). In der zweiten Auflage werden zusätzlich jene 45 Funktionäre dieser Organisationen vorgestellt, die (meist wegen ihrer Jugend) noch in keine KPD-Führungspositionen kamen, jedoch in der KAPD, im Leninbund, in der KPO oder bei den Trotzkisten große Bedeutung erlangten.



Hermann Weber,  
Andreas Herbst  
**Deutsche Kommunisten**  
Biographisches Handbuch  
1918 bis 1945  
Überarbeitete und stark  
erweiterte Ausgabe  
Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
1168 Seiten, gebunden  
Subskription bis 30.11.2008:  
56 Euro, dann 70 Euro  
ISBN 978-3-320-02130-6

Ulla Plener (Hrsg.)

# Clara Zetkin in ihrer Zeit Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen

Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin



Clara Zetkin 1910 auf dem Magdeburger Parteitag

Clara Zetkin. Die ihr gewidmete Literatur ist überschaubar – und doch umfangreich, wie die Anmerkungen zu den hier vorliegenden Beiträgen ausweisen. Und nun noch ein ihr gewidmeter Sammelband? Ist da Neues zu erwarten? Wer zu diesem Band greift und die Aufsätze durchliest, wird feststellen: Ja. Um nur einiges an neuen Fakten zu nennen: Da erfährt der Leser die Vorgeschichte des Mandats von Clara Zetkin für den Sozialistenkongress in Paris 1900 und einiges darüber, dass und wie sie für den Deutschen Holzarbeiter-Verband und die Internationale Union der Holzarbeiter vor dem Weltkrieg aktiv war; da muss er sein Wissen über die Reaktion Clara Zetkins auf den Brief der Gruppe um Rosa Luxemburg vom 5. August 1914 (und nicht nur darüber) korrigieren; da kann er erstmalig die Aufzeichnung ihrer Rede auf der internationalen Frauenkonferenz in Bern 1915 nachlesen und wird über Einzelheiten ihrer Entlassung als Chefredakteurin der »Gleichheit« 1917 informiert. Was weiß man über Clara Zetkin in Japan? Was war das Besondere an ihrer auf Frauen bezogene Emanzipationstheorie und -praxis? War sie eine Feministin? Was war das Spezifische an ihrer schulpolitischen Position? Worin bestand ihr konkreter Beitrag zur internationalen Solidarität in den 20er/30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts? Was hatte sie zur Marx-Forschung an der Seite Dawid Rjasanows beigetragen? Schätzte sie den Bewusstseinsstand und die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft in den 20er und zu Beginn der 30er Jahre genauso optimistisch ein wie die Führungen der Komintern und der KPD? Welche Position bezog sie in den Auseinandersetzungen um deren politische Linie und im Umgang mit den eigenen Genossen? Wie stand sie zu Stalin? Wie ging sie nach 1917/1918 mit politischen Gegnern um, die zuvor ihre Mitstreiter waren?

Die Reihe der bisher un- oder kaum bekannten Fakten aus dem Leben, Denken und Wirken Clara Zetkins, die in diesem Band mitgeteilt werden, könnte noch weiter fortgesetzt werden. Verwiesen sei auch auf den Dokumententeil, in dem einige bisher unbekanntes, noch

nicht (oder nicht wieder) veröffentlichte Reden und Briefe Clara Zetkins aus den Jahren 1908–1932 publiziert werden.

Aber um neue oder wenig bekannte Fakten und Erkenntnisse – alle gestützt auf neue archivalische Forschungen – geht es nicht allein. Es geht auch und vor allem um die differenzierte Sicht der Autoren auf die Zetkin als Persönlichkeit und Politikerin. Sie, diese Sicht, ist bewundernd und kritisch zugleich – ob es nun um ihre frauen- oder schulpolitischen Positionen vor und nach dem Weltkrieg, ob es um ihre Bewertung der Oktober-Revolution von 1917 oder der sowjetischen Wirklichkeit danach oder anderer Ereignisse geht. Es sei »müßig, Zetkin immer wieder in Schubladen zu packen« (Gisela Notz); ihr Werk »allein unter ›Anerkennung und Ausnutzung‹ abzutun, genügt nicht«, ihre Persönlichkeit sei »so einfach nicht zu fassen« (Setsu Ito).

Im Unterschied zu Aussagen von Peter Netl, Tania Puschnerat oder Hermann Weber/Andreas Herbst, die die Persönlichkeit Clara Zetkins mit negativen Attributen versehen haben (»geistig begrenzt«, »Theoretikerin epigonalen Ranges«, ohne eigene Meinung »zwischen kritischem und stalinistischem Kommunismus« schwankend), stellen die Autoren des vorliegenden Bandes – und das Quellengestützt und mit neuen Fakten belegt – die Eigenständigkeit von Clara Zetkins Denken und Handeln fest.

Clara Zetkins eigenwillige Positionen zu verschiedenen Fragen der Theorie und Parteipolitik, der Frauenemanzipation und Pädagogik, der Bündnispolitik gegenüber Mittelschichten und Intellektuellen, ihre frühe Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Europa und seinen Ursprüngen, ihre Bewertung von Ereignissen und Persönlichkeiten, ihre Stellung zur Oktoberrevolution von 1917 und deren Folgen u. a. m. sind auch heute geeignet, Ausgangspunkt für klärende und weiterführende Diskussionen zu sein, – nicht zuletzt über Revolutionstheorie und Revolutionspraxis.



Ulla Plener (Hrsg.)  
**Clara Zetkin in ihrer Zeit**  
 Neue Fakten, Erkenntnisse,  
 Wertungen  
 Material des Kolloquiums  
 anlässlich ihres 150. Geburtstages  
 am 6. Juli 2007 in Berlin  
 Manuskripte 76  
 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
 Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
 248 Seiten, Broschur  
 14,90 Euro  
 ISBN 978-3-320-02160-3

Stephan Kaufmann

# Investoren als Invasoren

## Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt

Seit Mitte 2007 sehen manche deutsche Politiker ihr Land in einen Belagerungsstatus versetzt: Staatsfonds heißt die Bedrohung – ein global operierender Industriezweig staatseigener Fonds, beinahe doppelt so groß wie die Hedge-Fonds-Branche, undurchsichtig für die Außenwelt. Mit diesen milliarden schweren Fonds, heißt es, kaufen die Regierungen Chinas, Russlands und des Nahen Ostens Unternehmen in Europa und den USA auf und übernehmen darüber nicht nur die produktive Basis, sondern auch die politische Macht der etablierten Industrienationen.

Das Buch untersucht die Welt der Staatsfonds und ihre Stellung innerhalb der globalen Finanzmärkte. Wie mächtig sind diese »Sovereign Wealth Funds« wirklich, woher kommen sie, wie funktionieren sie, und was sind – vermutlich – ihre Ziele? Worin besteht die Sorge hiesiger Politiker, und wie wollen sie Deutschland schützen? Die Bedenken gegenüber Staatsfonds spiegeln letztlich Bedenken gegenüber den hinter diesen Fonds stehenden Regierungen wider. Im Fokus stehen hier die Rohstoff exportierenden Staaten des Nahen Ostens sowie die so genannte BRIC-Gruppe: Brasilien, Russland, Indien, China. Das Buch beschreibt, welchen Stellenwert diese Staatengruppen inzwischen eingenommen haben und welche Konflikte diese neue globale Machtgeografie mit sich bringt, von denen die Staatsfonds-Debatte ein Teil ist.

Das Buch zeigt, dass sich Deutschland keineswegs eines »Angriffs« aus dem Osten gegenüber sieht, gegen den es sich schützen muss. Vielmehr sind der Kampf gegen die Schwellenländer-Fonds, die US-amerikanische Instrumentalisierung der Weltwirt-

schaft für den »Krieg gegen den Terrorismus« und der aufkeimende »Wirtschaftspatriotismus« in den Industriestaaten Zeichen und Folgen einer sich verschärfenden Konkurrenz um die globalen Profitquellen, in der die alten Regeln des Weltmarkts Stück für Stück revidiert werden.

*Stephan Kaufmann (Jahrgang 1965) ist seit 1998 Wirtschaftsredakteur bei der Berliner Zeitung.*

*Er studierte Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Paris. Nach einem Volontariat bei der Axel-Springer-Journalistenschule arbeitete er als Wirtschaftsredakteur bei der Berliner Morgenpost, anschließend bei der Tageszeitung Die Welt.*



Stephan Kaufmann  
**Investoren als Invasoren**  
**Staatsfonds und die neue Konkurrenz um die Macht auf dem Weltmarkt**

Texte 51 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
92 Seiten, Broschur, 6,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02158-0

## Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus/ Nationalsozialismus

### Reihe Schriften

Klaus Kinner, Rolf Richter (Hrsg.)  
Rechtsextremismus und Antifaschismus.  
Historische und aktuelle Dimensionen  
Schriften 5, 295 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02015-6

Christian Christen  
Italiens Modernisierung von Rechts.  
Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung  
des Wohlfahrtsstaates  
Schriften 10, 168 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02028-6

### Reihe Texte

Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.)  
Neoliberalismus und Rechtsextremismus  
in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche –  
Gegenstrategien  
Texte 29, 225 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02086-6

H. Helas, D. Rubisch, R. Zilkenat (Hrsg.)  
Neues vom Antisemitismus:  
Zustände in Deutschland  
Texte 46, 175 Seiten, 14,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02142-9

### Reihe Manuskripte

Norbert Schepers  
Einen Nerv getroffen  
Debatten zum Umgang mit der NS-Vergangenheit  
in den neunziger Jahren in Deutschland  
Manuskripte 48, 108 Seiten, 9,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02951-7

Detlef Kannapin  
Dialektik der Bilder. Der Nationalsozialismus  
im deutschen Film. Ein Ost-West-Vergleich  
Manuskripte 58, 290 Seiten, 9,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02903-6

Horst Helas, Dagmar Rubisch (Hrsg.)  
Rechtsextremismus in Deutschland.  
Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien  
Manuskripte 61, 135 Seiten, 9,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02909-8


### Reihe Standpunkte

13/2007  
Kevin Stützel: Antikapitalismus von rechts?  
Globalisierungskritik, die extreme Rechte  
und der G8-Gipfel in Heiligendamm

2/2006  
Horst Helas: Rechtsextreme in der Mitte  
der deutschen Gesellschaft

8/2006  
Was nun? Was tun! Wahlerfolge von  
Rechtsextremisten. Informationen und  
Vorschläge für Gegenstrategien

3/2005  
Roland Bach: »Volksfront« von rechts?



»Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes...«

Rosa Luxemburg: **Was will der Spartakusbund** (Dezember 1918)  
in dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 443